



Bundesakademie
für Sicherheitspolitik

STRATEGISCHER DIALOG STAAT UND WIRTSCHAFT

► ENERGIE UND ROHSTOFFE -
SICHERHEITSPOLITISCHE RISIKEN KÜNFTIGER VERSORGUNGSSICHERHEIT



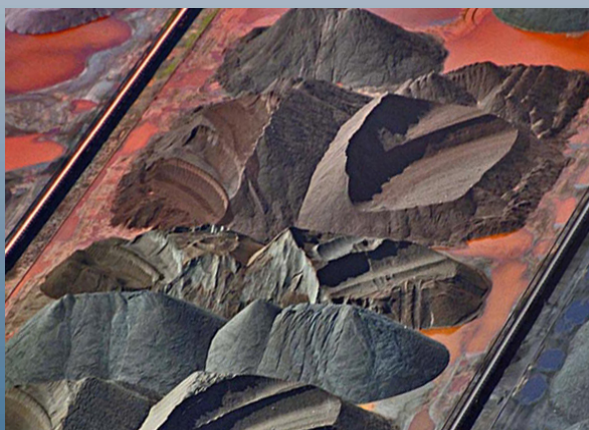
4. WIRTSCHAFTSFORUM IM NOVEMBER 2010



9. UND 10. NOVEMBER 2010



BUNDESAKADEMIE FÜR SICHERHEITSPOLITIK



DIE VERANSTALTUNG STEHT UNTER DER SCHIRMHERRSCHAFT VON
GÜNTHER OETTINGER, MITGLIED DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION, ZUSTÄNDIG FÜR ENERGIE

TAGUNGSMAPPE

BUNDESAKADEMIE FÜR SICHERHEITSPOLITIK

AUFTRAG UND ZIELE

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) ist die höchstrangige ressortübergreifende Weiterbildungsstätte der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. Der Bundessicherheitsrat hat die BAKS beauftragt, durch gemeinsame Weiterbildung gegenwärtiger und zukünftiger Führungskräfte aus Bundes- und Länderressorts sowie aus dem sicherheitspolitisch relevanten Umfeld ein umfassendes, über die Ressortgrenzen hinausreichendes Verständnis für die langfristigen sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Dieses Verständnis integriert alle Dimensionen von Sicherheit, die jeden Einzelnen berührt und alle Bereiche des menschlichen und staatlichen Lebens betrifft.

Die Bundesakademie ermöglicht durch ihre Veranstaltungen die Herausbildung eines dauerhaften Netzwerks sicherheitspolitischer Entscheidungsträger und interessierter Akteure. Sie versteht sich als herausgehobenes Diskussionsforum für die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Sie unterstützt damit die Rolle, die Deutschland im Rahmen der internationalen Gemeinschaft und ihren verschiedenen politischen, militärischen, wirtschaftlichen / finanziellen sowie sozialen Organisationen ausübt.



Konferenzzentrum Haus Berlin

Im Zentrum des Programms der Akademie steht das jährlich stattfindende, sechsmonatige Seminar für Sicherheitspolitik. Mit 32 ausgewählten Teilnehmern aus der ministeriellen Führungsebene des Bundes und der Länder, aus Wirtschaft und Wissenschaft, ausländischen Ministerien und weiteren relevanten Institutionen leistet die Akademie ihren Beitrag zur sicherheitspolitischen Zukunft Deutschlands.

Seit März 2004 hat die Bundesakademie für Sicherheitspolitik in der Schlossanlage Schönhausen in Berlin ihren festen Sitz. Aufgrund der geschichtsträchtigen Bedeutung dieses Ortes sowie der unmittelbaren Nähe zu den politischen Institutionen der Hauptstadt bietet sie ein national sowie international angemessenes Forum für sicherheitspolitische Diskussionen.



zu Gast bei der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel

SICHERHEITSPOLITISCHE SEMINARE / VERANSTALTUNGEN (AUSWAHL)

Studienkonferenzen

ein- bis zweitägige Konferenzen zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen

Aktuell

Völkerrechtskolloquium zum Thema „Was ist Krieg?“

Medienforum

eintägiges Fachforum zu aktuellen Themen der Sicherheitspolitik für Chefredakteure und Ressortleiter

Seminare der Bundesregierung

Aufträge der Bundesregierung: Attachéausbildung, interministerielle Konferenzen

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

Seminare zur Fortbildung ziviler und militärischer höherer Führungskräfte aus EU Mitgliedstaaten

INHALT



BUNDESAKADEMIE FÜR SICHERHEITSPOLITIK Auftrag und Ziele	03
INHALTSVERZEICHNIS	04
GÜNTHER OETTINGER Mitglied der Europäischen Kommission, Brüssel zuständig für Energie und Schirmherr der Veranstaltung	06
Generalleutnant a.D. KERSTEN LAHL Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin	09
ROHSTOFFSTRATEGIE der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag	13
ENERGIEKONZEPT der Bundesregierung	14
ROHSTOFFSTRATEGIE der Bundesregierung	15
PROGRAMM	16
TEILNEHMERLISTE	17
Dr. WERNER HOYER, MdB Staatsminister im Auswärtigen Amt, Berlin	23
Dr. FRIEDEMANN MÜLLER Berater der Stiftung Wissenschaft und Politik, München	25
PANEL I » Der Zugang zu Ressourcen als Staatsaufgabe und unternehmerische Herausforderung: Die Umsetzung der deutschen Rohstoffstrategie – Stand und Perspektiven «	27
Dr. STEFAN MAIR Abteilungsleiter Internationale Märkte, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin	28
Professor Dr. HANS-JOACHIM KÜMPEL Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover	31
VLR I Dr. ROBERT KLINKE Referatsleiter 410 „Internationale Energie- und Rohstoffpolitik“, Auswärtiges Amt, Berlin	33

INHALT



Dr. GEORG NÜBLEIN, MdB	35
Mitglied der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages, Berlin	
PANEL II	37
»Globale Transportsicherheit und Schutz Kritischer Infrastrukturen«	
Ministerialrat FRANZ-JOSEF SCHNEIDERS	38
Referatsleiter Z 34, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bonn	
Jochen GRIMMELT	40
Leiter Zivile Notfallvorsorge, Sicherheitsbevollmächtigter / Sabotageschutzbeauftragter, Deutsche Bahn AG, Berlin	
Dr. CHRISTOPH von dem BUSSCHE	42
Geschäftsführer, Wingas Transport GmbH & Co. KG, Kassel	
Glossar ENERGIE und ROHSTOFFE	44
Zentrale Begriffe kurz erläutern	
Glossar TRANSPORTSICHERHEIT	52
Zentrale Begriffe kurz erläutert	
NOTIZEN	59
SERVICE	61

GRUSSWORT des Schirmherren



GÜNTHER OETTINGER

**Mitglied der Europäischen Kommission
zuständig für Energie**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine Ehre, die Schirmherrschaft über das diesjährige Wirtschaftsforum der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zu übernehmen.

Wie Sie wissen, steht die Sicherheit der Versorgung Europas insbesondere mit Erdgas ganz oben auf unserer Tagesordnung. Angesichts der Lieferunterbrechungen in jüngster Zeit – ich erinnere an den Gaskonflikt zwischen der Ukraine und Russland im Januar 2009 und an den Gasstreit zwischen Belarus und Russland im Juni 2010 – gewinnt die Versorgungssicherheit weiter an Bedeutung. Hinzu kommt, dass einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union **immer noch weitgehend oder vollständig von einem einzigen Lieferanten abhängig sind** (z. B. die baltischen Staaten, Finnland, Polen, Ungarn, Bulgarien, Slowakei), was über die Frage der Versorgungssicherheit hinaus auch der Entwicklung eines funktionierenden Marktes im Wege steht. Es liegt auf der Hand, dass hier Abhilfe geschaffen werden sollte.

In der Europäischen Union sind Fragen der Versorgungssicherheit bisher weitgehend auf nationaler Ebene behandelt worden. Etwaige Maßnahmen wurden nur selten abgestimmt und den Interessen anderer Mitgliedstaaten wurde nicht immer Rechnung getragen, so dass die von den einzelnen Staaten verfolgten Strategien und Aktionen zuweilen wenig effizient oder gar nachteilig für die Nachbarn waren.

Auch wenn Versorgungssicherheit letztlich vorrangiges Interesse der Mitgliedstaaten ist, darf doch nicht vergessen werden, dass die EU viel stärker ist und ihre Interessen wirksamer verteidigen kann, wenn wir unsere Bemühungen koordinieren. Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union nennt klare energiepolitische Ziele, die im Geiste der Solidarität verwirklicht werden müssen. Diese Ziele sind:

- das Funktionieren des Energiemarktes sicherzustellen,
- die Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union zu gewährleisten,
- Energieeffizienz und Energieeinsparungen zu fördern sowie neue und erneuerbare Energiequellen zu entwickeln und
- die Interkonnektion der Energienetze voranzubringen.

GRUSSWORT des Schirmherren

Was haben wir bisher getan, um diese Ziele zu verwirklichen?

Der **Binnenmarkt für Energie** ist unser grundlegendstes und wirksamstes Instrument zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Nur ein uneingeschränkt funktionierender und „liquider“ Markt ist bei einer Störung zu geeigneten Gegenmaßnahmen in der Lage. Im Januar 2009 gab es genug Gas auf dem europäischen Markt. Aber aufgrund von Marktanomalien und fehlender Interkonnektoren konnte es nicht dorthin gelangen, wo es am meisten benötigt wurde. Das dritte Energie-Binnenmarktpaket muss bis März nächsten Jahres von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Maßnahmen zur besseren Verwaltung der Netze wie Netzcodes dürften die Situation in den kommenden Jahren verbessern. Beträchtliche Investitionen sind geplant, um die innereuropäischen Verbindungen auszubauen. Das **Europäische Energieprogramm zur Konjunkturbelebung** hat einen maßgeblichen Beitrag zu Finanzierung grenzüberschreitender Projekte geleistet. Diese Maßnahmen werden zu einem besseren Funktionieren des Marktes und einer höheren Liquidität beitragen.

Allerdings gibt es Notsituationen, in denen der Markt nicht zu optimalen Lösungen führt. In solchen Fällen müssen wir gewappnet und handlungsfähig sein. Die neue **Verordnung über die Gasversorgungssicherheit** bildet einen gemeinsamen Rahmen für Präventiv- und Krisenmanagementmaßnahmen. Damit werden gemeinsame Mindeststandards festgelegt, um die Krisenanfälligkeit zu verringern. Durch besseren Informationsaustausch und die Möglichkeit, die Standards auf regionaler Ebene zu erreichen, soll die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Mitgliedsstaaten gestärkt werden.

Wir können unsere steigende Abhängigkeit von Drittländern nur mit eigener Energieerzeugung und durch die Senkung unseres Energieverbrauchs verringern. Daher müssen wir neue und **erneuerbare Energiequellen erschließen** und ein höheres Niveau an **Energieeffizienz** erreichen. Wir führen zahlreiche Forschungsvorhaben durch, um neue und effizientere Wege der Erzeugung und des Verbrauchs von Energie zu finden. Im Rahmen des **Siebten Forschungsrahmenprogramms** der EU stehen für den Zeitraum von 2007 bis 2013 jährlich 886 Millionen Euro für Energieforschung bereit. Ziel der Projekte ist es, die Verbreitung kohlenstoffarmer Technologien zu erhöhen, die rationelle Nutzung und Speicherung von Energie zu erleichtern und damit unser Energiesystem nachhaltiger zu gestalten. Damit die Europäische Union in Zukunft im globalen Wettbewerb bestehen kann, müssen im Rahmen des Achten Programms deutlich mehr Mittel für die Energieforschung bereitgestellt werden.

Mit dem Europäischen **Strategieplan für Energietechnologie (SET-Plan)** wollen wir die Entwicklung und Einführung bezahlbarer und wettbewerbsfähiger Technologien mit geringem CO₂-Ausstoß beschleunigen. Dazu werden sechs Europäische Industrie-Initiativen in den Bereichen Windenergie, Solarenergie, CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS), Atomenergie und die Europäische Stromnetz-Initiative ins Leben gerufen. Im Rahmen der „Smart Cities“-Initiative sollen in ausgewählten Pilotstädten sektorübergreifend verschiedene Energie-Technologien und ICT-gestützte Energieeffizienz-Maßnahmen zur Nutzung kommen.

Neben den EU-Mitteln sind allerdings zusätzliche Beiträge der Mitgliedsländer und der Wirtschaft unerlässlich, um den notwendigen Wandel zu einem CO₂-armen Energiesystem zu vollziehen. Diese Investitionen lohnen sich: Wettbewerbsfähige emissionsarme Energien machen uns von Energieimporten unabhängig und tragen dazu bei, die negativen Folgen des Klimawandels wie Verteilungskonflikte um Land, Wasser und Nahrung abzumildern.

GRUSSWORT des Schirmherren

Zur Verbesserung der Versorgungssicherheit bedarf es zudem erheblicher Investitionen in ein zukunftsfähiges europäisches Infrastrukturnetz. Dies gilt sowohl für das Gasfernleitungsnetz als auch für den Stromsektor. Die Integration von Strom aus erneuerbaren Quellen stellt uns vor zusätzliche Herausforderungen. Die künftigen Erzeugungszentren wie z. B. die Offshore-Windparks in der Nordsee liegen weit entfernt von den Verbrauchszentren. Im Interesse einer ununterbrochenen Versorgung brauchen wir daher ausreichende Reservekapazitäten. Das **Energieinfrastrukturpaket**, das die Kommission in Kürze vorlegen wird, stellt die dringendsten Aufgaben dar. Ein koordinierter Ansatz bei der Infrastrukturentwicklung wird Investitionen nicht nur für einzelne, sondern für viele Mitgliedstaaten und sogar für ganze Regionen günstiger, effizienter und nutzbringender machen. Wir müssen die dringendsten Fragen im Bereich der Genehmigungsverfahren und Finanzierungsmodelle angehen.

All diese Anliegen – die Entwicklung des Binnenmarktes, der Rahmen für die Versorgungssicherheit, die Energieeffizienz, die Forschung und die Infrastrukturentwicklung – weisen eine Gemeinsamkeit auf. Die **Mitgliedstaaten müssen zusammenarbeiten**, wenn Europa in diesen Bereichen Erfolg haben will. Die einzelstaatlichen Maßnahmen müssen wir mit Maßnahmen auf regionaler und europäischer Ebene ergänzen. Zusammenarbeit und Solidarität sind die beiden Eckpfeiler der Versorgungssicherheit.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit und dem Forum konstruktive Gespräche.

Günther Oettinger
EU-Kommissar zuständig für Energie

VORWORT



Generalleutnant a.D. KERSTEN LAHL

Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Zum 4. Wirtschaftsforum der Bundesakademie für Sicherheitspolitik heiÙe ich Sie herzlich willkommen! Im Rahmen einer umfassend verstandenen, vernetzt gestalteten und strategisch angelegten deutschen Sicherheitspolitik legen wir großen Wert darauf, den Dialog zwischen Wirtschaft und Staat zu fördern. Daher freuen wir uns sehr über Ihre Teilnahme an unserem Forum.

In diesem Jahr wollen wir einen Aspekt aufgreifen, der auf der Agenda der großen strategischen Herausforderungen weit oben steht. Es geht um das Thema „Energie und Rohstoffe – Sicherheitspolitische Risiken künftiger Versorgungssicherheit“. Die Bedeutung dieses Komplexes bedarf kaum einer näheren Erläuterung. Sie liegt generell in der strukturellen Abhängigkeit Deutschlands und Europas von einer gesicherten Versorgung mit Energie und Rohstoffen. Und sie liegt ganz aktuell in der entsprechenden Preisentwicklung auf den Weltmärkten, dies insbesondere mit Blick auf die enorm steigende Nachfrage Chinas und weiterer sogenannter Schwellenländer.

Wir sind, wie unsere europäischen Nachbarn, in fast existenzieller Weise auf eine gesicherte Versorgung angewiesen. So musste Deutschland im Jahr 2008 Energierohstoffe, Metalle und Nichtmetalle im Wert von mehr als 126 Milliarden Euro importieren. Viele dieser Importe, wie etwa bei Kupfer- und Eisenerz, sind für wertschöpfungsintensive Branchen vom Automobilbau bis zur Elektrotechnik unverzichtbar und damit lebenswichtig. Zugleich wissen wir, wie die Verknappung von Ressourcen, wie etwa bei der Ölförderung, globale Verteilungskämpfe einleiten, Handels- und Preisgefüge radikal verändern, die Landwirtschaft und lokale Infrastruktur beeinträchtigen sowie weltweite Nahrungsmittelkrisen – etwa wegen Landflächennutzung für Biokraftstoffe – verursachen kann.

Die Versorgungslage bei nicht-energetischen Rohstoffen hat bisher weit weniger Aufmerksamkeit erzeugt als die bei Öl und Gas. Doch auch sie ist ein zunehmend kritischer Faktor, da die weltweite Nachfrage wegen des Aufstiegs von Entwicklungs- zu Schwellenländern weiter steigen wird. Dies ist vor allem bei den sogenannten Hochtechnologiemetallen wie Kobalt, Platin, Titan und seltenen Erden der Fall, die zentral für Schlüsseltechnologien sind.

Eine weitere unerfreuliche Tatsache betrifft viele rohstoffreiche Länder: Sie entwickeln sich in eine Richtung, die von zunehmend fragilen, instabilen und konfliktbeladenen Merkmalen geprägt ist. Die damit verbundenen Risiken – nicht zuletzt mit Blick auf regionale militärische Auseinandersetzungen, terroristische Anschläge oder staatliche Behinderungen – beeinträchtigen die Verlässlichkeit von Rohstofflieferungen erheblich.

VORWORT

Bereits aus diesen Aspekten einer verkürzten Lagefeststellung folgt: Versorgungssicherheit besitzt keineswegs nur hohe wirtschaftspolitische, sondern gesamt- und nicht zuletzt sicherheitspolitische Relevanz. Es gibt jedenfalls zahlreiche offene Fragen, die insgesamt einen nicht unerheblichen Handlungsbedarf aufzeigen. Bisher hat sich die deutsche Industrie trotz aller Preisschwankungen auf das Funktionieren der Weltmärkte für Rohstoffe verlassen können. Aber wird das auch in Zukunft der Fall sein?

Es bieten sich eine Reihe von Optionen an, die – im Zusammenhang verwirklicht – geeignet sind, die Risiken für die Versorgungssicherheit abzuwenden oder zumindest zu begrenzen. Dazu zählt unter anderem

- die Importabhängigkeit zu reduzieren, insbesondere durch erneuerbare Energien, gesteigerte Ressourceneffizienz und Erschließung vorhandener Lagerstätten;
- Produktpaletten wie auch Lieferbeziehungen zu diversifizieren, dies als Instrument der Risikoverteilung gegenüber äußeren Eingriffen in Versorgungsketten;
- eine europäische Rohstoffaußenpolitik zu gestalten, einschließlich des Aufbaus strategischer Reserven als Vorsorge für kritische Lageentwicklungen;
- den Gefahren für eine globalen Transportsicherheit durch geeignete Maßnahmen entgegen zu wirken; und nicht zuletzt:
- Staat und Wirtschaft im Sinne eines abgestimmten Handelns auf der Grundlage gemeinsamer Informationen und kohärenter Zielbildungsprozesse besser zu vernetzen.

Ob all dies sinnvolle und vor allem realisierbare Optionen sind, wollen wir vor allem in zwei großen Paneldiskussionen untersuchen. Als richtungweisende Grundlage dafür werden uns die zusätzlichen und einführenden Vorträge dienen. Insgesamt gilt aber: Das Wirtschaftsforum lebt vom Dialog, der durchaus kontrovers und konstruktiv kritisch geführt werden sollte. Ich freue mich mit den Referenten jedenfalls sehr auf Ihre Fragen, Anmerkungen und Anregungen!

Den vielen Unterstützern, die diese Tagung ermöglicht haben, gilt schon jetzt mein besonderer Dank. Der Zuspruch, den wir bereits in der Planungsphase von Ihnen allen erfahren haben, hat uns nicht nur angespornt und ermutigt, sondern auch die enge Verbundenheit zwischen den Ressorts, der Wirtschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zum Ausdruck gebracht.

Allen Beteiligten wünsche ich eine anregende, informative und erfolgreiche Konferenz!

Generalleutnant a.D. Kersten Lahl
Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

PROGRAMM

DIENSTAG, 9. NOVEMBER 2010

17:45 UHR

Transfer von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik über das Hotel Solitaire zur Offizierheimgesellschaft Julius-Leber-Kaserne Berlin e.V. Kurt-Schumacher-Damm 41 13405 Berlin



Ab 18:30 UHR

Einlasskontrolle an der Offizierheimgesellschaft Julius-Leber-Kaserne Berlin e.V. Zufahrt: Kurt-Schumacher-Damm 41, 13405 Berlin, anschließend Check-In

19:00 UHR

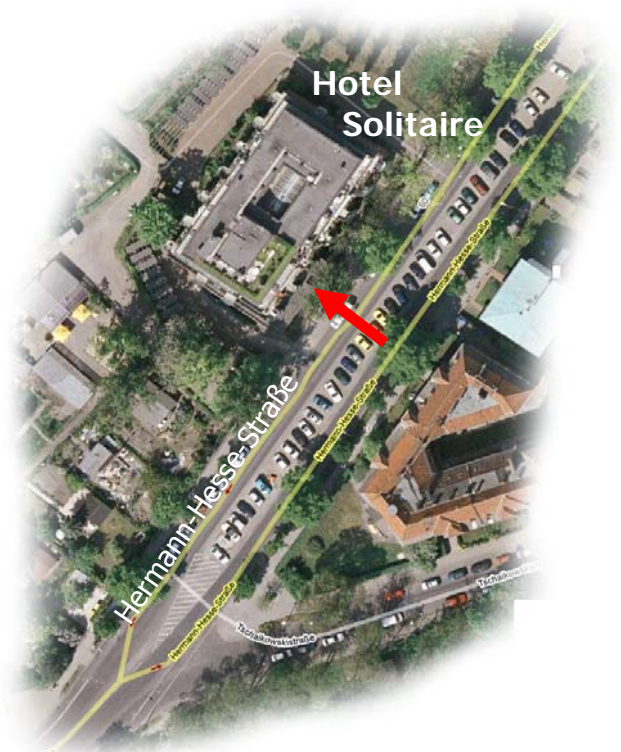
Empfang in den Räumen der Offizierheimgesellschaft Julius-Leber-Kaserne Berlin e.V., mit Begrüßung und Einführung **Generalleutnant a.D. Kersten Lahl** Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

ca. 19:30 UHR

Festliches Abendessen in den Räumen der Offizierheimgesellschaft Julius-Leber-Kaserne Berlin e.V., mit Dinner Speech: **„Wirtschaftskraft als Voraussetzung außen- und sicherheitspolitischer Spielräume“** **Dr. Werner Hoyer, MdB** Staatsminister im Auswärtigen Amt, Berlin Moderation: Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, Präsident der BAKS

ca. 23:00 UHR

Rückfahrt von der Offizierheimgesellschaft Julius-Leber-Kaserne Berlin e.V. zum Hotel Solitaire, Hermann-Hesse-Straße 64, 13156 Berlin-Pankow



PROGRAMM

MITTWOCH, 10. NOVEMBER 2010

08:30 UHR

Shuttleverkehr vom Hotel Solitaire zur BAKS
Hotel Solitaire,
Hermann-Hesse-Straße 64,
13156 Berlin-Pankow

Bis 09:00 UHR

Anreise der Tagesgäste 10.11.2010 zur BAKS und Check-In
Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Haus Berlin,
Historischer Saal, Ossietzkystraße 44-45, 13187 Berlin

09:00 UHR

Einführung in den Kongresstag
Generalleutnant a.D. Kersten Lahl
Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

09:15 UHR

Keynote Speech mit anschließender Diskussion:
**„Ressourcenmangel und Ressourcensicherung –
nationale und europäische Perspektiven für das 21. Jahrhundert“**
Dr. Friedemann Müller
Berater der Stiftung Wissenschaft und Politik, München

10:00 UHR

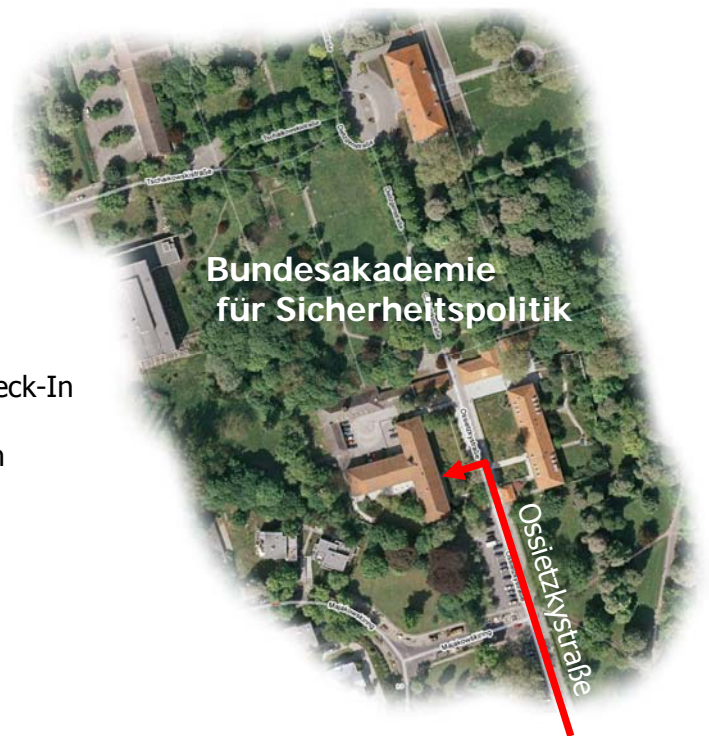
Kaffeepause

10:15 UHR

Panel und Diskussion:
**„Der Zugang zu Ressourcen als Staatsaufgabe und unternehmerische
Herausforderung: Die Umsetzung der deutschen Rohstoffstrategie – Stand und
Perspektiven“**
Dr. Stefan Mair
Mitglied der Hauptgeschäftsführung,
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin
Professor Dr. Hans-Joachim Kümpel
Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover
Vortragender Legationsrat I. Klasse Dr. Robert Klink
Referatsleiter 410 „Internationale Energie- und Rohstoffpolitik“,
Auswärtiges Amt, Berlin
Moderation: Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, Präsident der BAKS

12:15 UHR

Kaffeepause



PROGRAMM

weiter zu **MITTWOCH, 10. NOVEMBER 2010**

12:30 UHR

Kommentar:

„Globaler Rohstoffabbau und deutsche Interessen“

Dr. Georg Nüßlein, MdB

Mitglied der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages,
Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des Deutschen
Bundestages, Berlin

13:00 UHR

Mittagessen im Petit Palais

14:00 UHR

Panel und Diskussion:

„Globale Transportsicherheit und Schutz kritischer Infrastrukturen“

Ministerialrat Franz-Josef Schneiders

Referatsleiter Z 34, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bonn

Jochen Grimmelt

Leiter Zivile Notfallvorsorge, Sicherheitsbevollmächtigter / Sabotageschutzbeauftragter,
Deutsche Bahn AG, Berlin

Dr. Christoph von dem Bussche

Geschäftsführer der Wingas Transport GmbH & Co. KG, Kassel

Moderation: Dr. Thomas Kurz, Vizepräsident der BAKS

16:00 UHR

Zusammenfassung und Verabschiedung

Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, Präsident der BAKS

Dr. WERNER HOYER, MdB

Curriculum Vitae



Auswärtiges Amt

**MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDETTAGES,
STAATSMINISTER IM AUSWÄRTIGEN AMT, BERLIN**

Geboren am 17. November 1951 in Wuppertal Ronsdorf, verheiratet, 2 Kinder, römisch-katholisch, Major d.R.

- | | |
|--------------------|--|
| 1970 - 1974 | Technisches Praktikum in den USA, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln; Abschluss: Diplom-Volkswirt |
| 1977 | Promotion zum Dr. rer. pol. (Universität zu Köln) |
| 1974 - 1984 | Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich „Wirtschaftliche Staatswissenschaften“
Lehrbeauftragter für Außenwirtschaft an der Universität zu Köln |
| 1983 - 1986 | Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Liberalen (JuLis) |
| 1984 - 1992 | Vorsitzender des Kreisverbandes Köln der FDP |
| 1985 - 1987 | Leiter des Bereichs „Wirtschaft und Information“, Carl Duisberg Gesellschaft, Köln |
| seit 1987 | Mitglied des Deutschen Bundestages |
| 1989 - 1993 | Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion |
| 1990 - 1994 | Sicherheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion |
| 1990 - 1994 | Stellvertretender Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA |
| 1993 - 1994 | Generalsekretär der FDP |
| 1994 - 1998 | Staatsminister im Auswärtigen Amt |
| 1997 - 2000 | Vizepräsident der Europäischen Liberaldemokratischen Partei (ELDR) |
| 2000 - 2005 | Präsident der Europäischen Liberaldemokratischen Partei (ELDR) |
| 2002 - 2009 | Stellvertretender Vorsitzender und Außenpolitischer Sprecher
der FDP-Bundestagsfraktion, Vorsitzender des Arbeitskreises
„Internationale Politik“ der FDP-Bundestagsfraktion |
| Seit 2009 | Staatsminister im Auswärtigen Amt |

Verschiedene Mitgliedschaften in gesellschaftlichen Organisationen.

Dr. WERNER HOYER, MdB

Themenstellung

Wirtschaftskraft als Voraussetzung außen- und sicherheitspolitischer Spielräume

Die Bundesakademie hat Staatsminister Dr. Hoyer dieses Thema aus folgenden Gründen vorgeschlagen:

Angesichts der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise verschärften Debatte um die finanziellen Möglichkeiten des Staates rückt der Zusammenhang zwischen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und außen- und sicherheitspolitischem Gestaltungsspielraum zunehmend in den Blick.

Das Verhältnis zwischen Wirtschafts-, Finanz- und Wettbewerbspolitik einerseits und Außen- und Sicherheitspolitik andererseits betrifft dabei Regierung und Unternehmen gleichermaßen – ein Thema für den strategischen Dialog zwischen Staat und Wirtschaft.

Anmerkung:

Das Büro von Staatsminister Dr. Hoyer hat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zugesichert, dass wir im Anschluss an die Rede den Redetext elektronisch zur Verfügung gestellt bekommen. Diesen werden wir Ihnen über unsere Homepage im Rahmen der Berichterstattung zum Download anbieten.

Dr. FRIEDEMANN MÜLLER

Curriculum Vitae



SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

NON-RESIDENT SENIOR FELLOW

Geboren 1943, verheiratet, vier Kinder

1969	Diplom-Volkswirt, Universität Freiburg
1970 - 1971	DFG-Stipendiat, MGU, Moskau
1973	Promotion zum Dr. rer. Pol.
Seit 1973	Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik
1980 - 1981	Research Fellow RAND Corporation, Santa Monica, Kalifornien
1988 - 1989	Research Fellow, ODC, Washington DC
1996	Mehrmonatige Tätigkeit beim Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Bonn
1997 - 2006	Leiter der Forschungsgruppe „Globale Fragen“ der Stiftung Wissenschaft und Politik und Projektdirektor, INTACT (International Network To Advance Climate Talks), ein europäisch-amerikanisches Netzwerk zur Diskussion klimapolitischer Fragen zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
Zur Zeit	Non-Resident Senior Fellow/Berater der SWP zu Fragen Internationaler Ressourcen-, Umwelt-, Energie- und Klimapolitik.

Jüngste wissenschaftliche Publikationen:

Reduzieren allein genügt nicht – Für eine neue Energieaußenpolitik.

In: Internationale Politik November/Dezember 2010, S. 40-48

Globaler Emissionshandel –Lösung für die Herausforderungen des Klimawandels?

In: Energiewissenschaftliche Tagesfragen, 10, Oktober 2010, S. 8-13.

Ressourcenmangel und Ressourcensicherung – nationale und europäische Perspektiven für das 21. Jahrhundert

Ressourcenmangel und Ressourcensicherung stehen nicht zum ersten Mal weit oben auf der politischen Agenda. In Folge der Ölkrise der 1970er Jahre wuchs die Sorge auch um die sichere Versorgung mit mineralischen Rohstoffen. Damals, zu Zeiten des Kalten Krieges und der Sanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika, ging es mehr um unilaterale Maßnahmen wie die Bildung strategischer Reserven. Heute, im Zeitalter der Globalisierung, muss es neben binnenwirtschaftlichen Maßnahmen wie der Begünstigung von Recycling und Substitution kritischer Rohstoffe vor allem um kooperative Lösungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, der G20, der Einführung global gültiger Regeln wie EITI oder bilateraler Abkommen mit besonders wichtigen Rohstoffproduzenten gehen.

Vergleichbar mit der damaligen Sorge stellt sich aber auch heute die Frage nach den „*Grenzen des Wachstums*“. Dabei kann es nicht um die Grenzen des Wirtschaftswachstums (also des Bruttonational- oder Bruttoinlandsprodukts) gehen, denn dieses Wachstum bedeutet in den Industrieländern, anders als in den „*Grenzen des Wachstums* (1972)“ des Club of Rome angenommen, nicht notwendigerweise ein Wachstum des Ressourcenverbrauchs. Doch die nachholende Entwicklung der Schwellenländer ist mit einem hohen Wachstum an Ressourcenverbrauch verbunden. Insofern stellt sich die Frage, ob wichtige, nicht substituierbare Rohstoffe zur Neige gehen. Die Antwort der Geologen besagt, dass dies auf absehbare Zeit bei den mineralischen Rohstoffen nicht der Fall sein wird.

Allerdings gibt es *politische Konstellationen*, welche den Zugang zu den erschließbaren Rohstoffen verwehren. Die derzeit wichtigste Knappheit besteht bei den „Seltene Erden“, bei denen China zwar nicht als Reserveland, aber als Produzent praktisch über ein Monopol verfügt und dieses auch durch Exportmengenkürzung und gezielte, politisch motivierte Lieferkürzungen gegenüber Japan marktfeindlich zum Einsatz bringt. Deshalb bedarf es der Nutzung und Weiterentwicklung multilateraler Instrumente, um Schaden nicht nur von der Sicherstellung unserer industriellen Wertschöpfungskette, sondern auch vom Funktionieren der Weltwirtschaft und ihrer Vernetzung abzuwenden.

Ein besonders wichtiger und komfortabler Rohstoff, an den wir uns über 150 Jahre gerne gewöhnt haben, verlangt allerdings nach einer Ausstiegsstrategie: *Öl*. Hier entwickelt sich eine gefährliche Kluft zwischen dem Nachfragewachstum in den (vor allem asiatischen) Schwellenländern und dem erwarteten Peak der globalen Produktion. Hier bahnt sich ein Verteilungskonflikt an, der ein Konfliktmanagement in Zonen mit schwacher Staatlichkeit, mit terroristischem Nährboden oder mit Ambitionen, Nuklearwaffen zu erwerben, zunehmend schwieriger macht. China, Indien u.a. haben keine andere Wahl, als sich mit Methoden, die dem Geist der Welthandelsorganisation widersprechen, das Importwachstum zu sichern, das zum Beispiel die geplante und erwartete Mobilität ihrer Gesellschaften sicherstellt. Die in dem jüngst verabschiedeten Energiekonzept vorgesehene Elektromobilität von fünf Millionen Kfz im Jahr 2030 in Deutschland im Vergleich zu einem heutigen Bestand von 49 Millionen Fahrzeugen kann auf diese Problematik keine ausreichende Antwort sein.

Auch das Problem der *Abhängigkeit von Russland bei der Erdgasversorgung* kann nicht, wie bisher, durch Aussitzen gelöst werden. Zwei Versuche sind fehlgeschlagen, mit Russland ein Regelwerk, das Investitions-, Transportsicherheit und die Trennung von politischen Interessen und Energieversorgung sichert, zu vereinbaren. Weder hat Russland den Energiechartavertrag ratifiziert, noch bei den WTO-Beitrittsverhandlungen mit der EU deren Wünsche nach Aufhebung des Exportmonopols von Gazprom akzeptiert. Der anhaltende politisierte Kampf um Versorgungspipelines südlich von Russland bedarf einer Lösung im Sinne eines Angebotswettbewerbs. Hierfür müssen die politischen Anstrengungen verstärkt werden, wenn das Ziel des Energiekonzepts einer sicheren Versorgung tatsächlich erreicht werden soll.

PANEL I

» Der Zugang zu Ressourcen als Staatsaufgabe und unternehmerische Herausforderung: Die Umsetzung der deutschen Rohstoffstrategie- Stand und Perspektiven «



Dr. Stefan Mair,
Bundesverband der
deutschen Industrie
e.V.



Professor Dr. Hans-
Joachim Kümpel,
Bundesanstalt für
Geowissenschaften
und Rohstoffe



Vortragender
Legationsrat I. Klasse
Dr. Robert Klinke,
Auswärtiges Amt



Die Moderation des Panels wird durch Herrn Generalleutnant a. D. Kersten Lahl,
Präsident der BAKS, durchgeführt

Mit diesem ersten Panel wollen wir gemeinsam mit den eingeladenen Referenten den heutigen Stand und die heutigen Perspektiven der Ressourcensicherung in Deutschland und in diesem Zusammenhang die deutsche Rohstoffstrategie diskutieren. Dazu haben wir den Referenten folgende zentrale Leitfragen vorgegeben:

- **Gibt es einen globalen Ressourcenmangel oder nur eine Ungleichverteilung zwischen einzelnen Staaten bzw. Regionen? Was bedeutet Chinas Verhalten auf dem globalen Rohstoffmarkt für Deutschland?**
Für viele Rohstoffe stellt sich weniger die Frage der langfristigen Verfügbarkeit als der Sicherung des Zugangs. Vor allem einige nicht-energetische Rohstoffe sind relativ gleichmäßig über die Erdkruste verteilt, werden aber nur in bestimmten Regionen gefördert, bestehendes Potential innerhalb der EU wird nicht ausgeschöpft.
- **Wie können oder müssen Deutschland und Europa zur Sicherung der Versorgungssicherheit auf mögliche Verteilungskonflikte reagieren?**
Einigkeit der Nachfrager stärkt ihre Position gegenüber den Anbietern. Eine gemeinsame europäische Energie-/Rohstoffaußenpolitik kann hierzu beitragen und zugleich außenpolitische Handlungsspielräume, z.B. im Rahmen von Sanktionen gegenüber Lieferländern öffnen.
- **Welche Fortschritte gibt es seit der Veröffentlichung der deutschen Rohstoffstrategie 2007?**
Erkennbare Verbesserungen und Defizite aus heutiger Perspektive werden gegenübergestellt.
- **Welches sind die Interessen und Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen Industrie und ihre Forderungen an die Politik?**

Anbei noch einige Fragen aus unterschiedlichen Perspektiven, die in der Diskussion zur Sprache kommen könnten:

Wie können die Risiken politischer Verwerfungen zwischen Liefer- und Empfängerstaaten, terroristischer Anschläge und Störungen auf den Transportwegen in einer Rohstoffstrategie berücksichtigt werden?

Birgt die Konzentration auf russische Energieimporte eine Gefahr für Europa? Welche Alternativen gibt es?

Sollte Deutschland sich stärker präventiv in den Ländern Asiens und Nordafrikas engagieren, von denen seine zukünftige Energieversorgung abhängt?

Dr. STEFAN MAIR

Curriculum Vitae



**MITGLIED DER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRUNG,
BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE e.V., BERLIN**

Geboren am 29. März 1963 in München, verheiratet, zwei Kinder

	Studium der Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität, München
1988 - 1991	Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Entwicklungsabteilung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung
1992	Promotion zum Dr. rer. pol.
1992 – 2010	Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, erst in Ebenhausen bei München, dann in Berlin
1992 - 1995	Lehrbeauftragter am Geschwister-Scholl-Institut, Ludwig-Maximilians-Universität, München
1994 - 1997	Fachgruppensprecher der Fachgruppe Afrika
1995 - 1997	Stellvertretender Sprecher des Forschungsausschusses der SWP
1997 - 1999	Senior Researcher, Conflict Prevention Network der EU
1997 - 2000	Leiter der Forschungsgruppe Entwicklung und regionale Konflikte
2000 - 2002	Leiter der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika
2002 - 2010	Mitglied der Institutsleitung der SWP
2005 - 2007	Lehrbeauftragter des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin
2007 - 2009	Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität zu Berlin
2007 - 2009	Forschungsdirektor der Institutsleitung der SWP
2009 - 2010	Senior Fellow der Institutsleitung der SWP
Mai - Okt 2010	Abteilungsleiter Internationale Märkte, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Seit Nov 2010	Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

Kernforderungen des BDI zur Rohstoffpolitik

Stand: November 2009

Die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen ist eine wichtige Voraussetzung für die industrielle Wertschöpfung und damit für Arbeit, Wachstum und Investitionen in Deutschland.

Auch wenn die Unternehmen selbst für die Rohstoffversorgung verantwortlich sind, müssen Bundesregierung und Europäische Kommission die geeigneten politischen Rahmenbedingungen garantieren. Hieraus ergeben sich folgende Forderungen des BDI an die Politik auf nationaler und europäischer Ebene:

Zugang zu heimischen Rohstofflagerstätten gewährleisten

Der Zugang zu Deutschlands und Europas Rohstofflagerstätten ist rechtlich unzureichend gesichert, da viele von Schutzgebieten und anderen Nutzungsansprüchen überplant sind. Die Bundesregierung sollte bei Landesplanung und Raumordnung ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichrangig berücksichtigen, Lagerstätten bedarfsunabhängig ausweisen und Ökokonten für Ausgleichsmaßnahmen stärker nutzen.

Deutsche und europäische Unternehmen bei Rohstoffprojekten im Ausland unterstützen

Beteiligungen an Rohstoffförderprojekten können die Importabhängigkeit senken und sollten deshalb von der Politik durch Maßnahmen wie der Verknüpfung von Entwicklungspolitik und Investitionsvorhaben und der Unterstützung bei Vergabeverfahren durch die Botschaften gefördert werden.

Handels- und Wettbewerbsverzerrungen bei Rohstoffen auf allen politisch sich bietenden Wegen entgegenwirken

Durch von einigen Ländern strategisch eingesetzte Handels- und Wettbewerbsverzerrungen kommt es zur Beeinträchtigung der Rohstoffversorgung und der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Europa. Die WTO-Regeln sollten deshalb verbessert, Verstöße gegen sie geahndet und bestehende politische Instrumente, wie das Allgemeine Präferenzsystem, genutzt werden.

Funktionierenden Wettbewerb auf Rohstoffmärkten sicherstellen

Zusammenschlüsse und Übernahmen bei Rohstoffunternehmen können wettbewerbsbeschränkende und somit die Rohstoffversorgung beeinträchtigende Auswirkungen haben. Bundeskartellamt und Europäische Kommission sollten deshalb Marktverhalten beobachten und Zusammenschlüsse eingehend prüfen.

Rahmenbedingungen zur Nutzung sekundärer Rohstoffe verbessern

Damit aus Abfällen gewonnene Rohstoffe zur Senkung der Importabhängigkeit beitragen können, dürfen die Möglichkeiten zu ihrer Nutzung nicht eingeschränkt werden. Abfallrahmenlinien sollten innerhalb der EU einheitlich umgesetzt, Rechtsunsicherheiten, abgebaut und Zusatzbelastungen verhindert werden.

Illegalen Abfluss von Sekundärrohstoffen unterbinden

Illegale Exporte ins außereuropäische Ausland beeinträchtigen die Rohstoffversorgung durch Sekundärrohstoffe wie Schrotte, Kunststoffe und Altpapier. Um dem entgegenzuwirken, sollten die bestehende Leitlinie zur Anwendung der Abfallverbringungsverordnung umgesetzt, Leitlinien zur Anwendung der Abfallverbringungsverordnung für zusätzliche Endprodukte erarbeitet und einheitliche Standards auf internationaler Ebene geschaffen werden.

Kernforderungen des BDI zur Rohstoffpolitik

Stand: November 2009

Staatliche Förderung des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe zurückführen

Nationale und EU-Förderungen nachwachsender Rohstoffe sollten laut BDI zurückgeführt werden, wenn sie Preisanstiege oder Engpässe in anderen Industriezweigen oder wettbewerbsverzerrende Auswirkungen zur Folge haben.

Bezug von nachwachsenden Rohstoffen zu Marktkonditionen sicherstellen

Der BDI fordert, die Einfuhrzölle auf nachwachsende Rohstoffe nach Verwendung zu differenzieren und für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU zu werben. Er sieht deutsche und europäische Unternehmen gegenüber anderen Unternehmen benachteiligt, da der Zugang der Industrie zu diesen Rohstoffen durch EU-Einfuhrzölle beschränkt wird.

Nachhaltigen Nutzen des Rohstoffreichtums für Entwicklungsländer fördern

Durch bereitwillige Kreditvergabe einiger Schwellenländer sieht der BDI die Gefahr einer Neuverschuldung rohstoffreicher Entwicklungsländer. Ein multilateraler rohstoffpolitischer Dialog sollte initiiert und die Investitionsbedingungen in diesen Ländern durch Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden, um dieser Entwicklung zu begegnen.

Rohstoffeffizienzbestrebungen der Industrie geeignet begleiten

Der BDI warnt vor den negativen Folgen ungerechtfertigter Erwartungen an die Industrie und vor Auflagen zur Steigerung der Rohstoffeffizienz. So lehnt er Mindestrecyclinganteile oder eine Besteuerung der Rohstoffgewinnung oder –nutzung ab. Begrüßt werden hingegen Förderprogramme, die sich an gegebenen Herausforderungen orientieren, sowie eine Verknüpfung verschiedener Politikansätze auf deutscher und europäischer Ebene. Zu einer Überprüfung der als überambitioniert bezeichneten Effizienzziele wird geraten.



Professor Dr. HANS-JOACHIM KÜMPEL

Curriculum Vitae



**PRÄSIDENT DER BUNDESANSTALT FÜR
GEOWISSENSCHAFTEN UND ROHSTOFFE, HANNOVER**

Verheiratet, vier Kinder

Studium der Mathematik, Geophysik, Geologie, Angewandte Physik und Ozeanographie an den Universitäten Freiburg/Br. und Kiel

Stipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Universität Nizza

1982 Promotion

1983 Postdoc-Stipendiat, Halifax, Kanada

1989 Habilitation

1991 - 2001 Universitätsprofessor für Angewandte Geophysik der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn

2001 - 2007 Direktor des Leibniz-Instituts für Angewandte Geophysik, Hannover

Seit Juli 2007 Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)

Zahlreiche Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Gremien

Teilnahme an internationalen Projekten in Indien, Indonesien, Kanada, Russland, der Türkei und Ungarn

Lehr- und Forschungsaufenthalte in Algerien, Bulgarien, Japan und Kamerun

Professor Dr. HANS-JOACHIM KÜMPEL

Thesenpapier



Der Zugang zu Ressourcen als Staatsaufgabe und unternehmerische Herausforderung: Die Umsetzung der deutschen Rohstoffstrategie – Stand und Perspektiven

Die globale Verfügbarkeit von Rohstoffen ist ein Thema, das zumindest seit Anfang der 1970er Jahre die Menschen bewegt. Meistens ist es die Verknappung und damit die Verteuerung von Rohstoffen, die uns daran erinnert, dass unsere Industriegesellschaft zu einem großen Teil auf der Nutzung nicht erneuerbarer Rohstoffe basiert. Die Hausse der Rohstoffpreise von 2003 bis 2008 hat erneut die Frage aufgeworfen, wie lange unsere Rohstoffvorräte noch reichen werden und welchen Preis wir zur Befriedigung unserer Rohstoffbedürfnisse in Zukunft zahlen müssen. Die Problematik der Rohstoffabhängigkeit stellt sich insbesondere vor dem Hintergrund, dass Hunderte von Millionen Menschen in Asien, Afrika und Südamerika dabei sind, unsere in Europa, Fernost und Nordamerika üblichen Rohstoffverbrauchsschemata zu adaptieren.

Entscheidend für die künftige Verfügbarkeit von Rohstoffen sind ihre bekannten Reserven und die zusätzlich erwarteten Ressourcen. Reserven sind die derzeit technisch und wirtschaftlich gewinnbaren Mengen; Ressourcen sind die nachgewiesenen, derzeit aber technisch und/oder wirtschaftlich nicht gewinnbaren sowie die nicht nachgewiesenen, geologisch aber möglichen und somit künftig gewinnbaren Mengen. Recycling, Substitution, Miniaturisierung und Materialeffizienz sind wichtige Optionen, um die Reichweite von Rohstoffen zu verlängern. Eine Verknappung von Rohstoffen ist bis auf wenige Ausnahmen derzeit nicht durch eine begrenzte geologische Verfügbarkeit gegeben. Ursachen sind vielmehr Handelshemmnisse oder Wettbewerbsverzerrungen aufgrund bestehender Abhängigkeiten von wenigen Lieferländern oder der Marktkontrolle durch wenige Unternehmen.



VLR | Dr. ROBERT KLINKE

Curriculum Vitae



Auswärtiges Amt

**LEITER DES REFERATS 410 „INTERNATIONALE
ENERGIE- UND ROHSTOFFPOLITIK“,
AUSWÄRTIGES AMT, BERLIN**

Geboren am 26. Januar 1960 in Frankfurt am Main

- | | |
|--------------------|--|
| 1979 - 1986 | Studium der Rechts- und Islamwissenschaften in Saarbrücken, Bonn und Genf |
| 1986 | Erste Juristische Staatsprüfung |
| 1987 - 1991 | Juristischer Vorbereitungsdienst in Hamburg |
| 1991 | Zweite juristische Staatsprüfung |
| 1991 | Eintritt in den höheren Auswärtigen Dienst |
| 1992 - 1993 | Büro Staatssekretäre, Auswärtiges Amt |
| 1993 - 1996 | Ständige Vertretung bei der Westeuropäischen Union, Brüssel |
| 1996 - 1999 | Ständiger Vertreter, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Khartum, Sudan |
| 1999 | Promotion zum Dr. iur., Universität Bonn |
| 1999 - 2006 | Wirtschafts-, VN- und Zentralabteilung, Auswärtiges Amt |
| 2006 | Austauschdiplomate, Außenministerium des Königreichs Norwegen |
| 2007 | Teilnehmer am "Seminar für Sicherheitspolitik", Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin |
| 2007 - 2009 | Leiter der Wirtschaftsabteilung, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia, Brasilien |
| Seit 2009 | Referatsleiter "Internationale und EU-Energie- und Rohstoffpolitik", Auswärtiges Amt, Berlin |

Der Zugang zu Ressourcen als Staatsaufgabe und unternehmerischer Herausforderung: Die Umsetzung der deutschen Rohstoffstrategie – Stand und Perspektiven

Ordnungspolitische Grundentscheidung: Die Sicherstellung ihrer Rohstoffversorgung ist Aufgabe der Wirtschaftsunternehmen selbst. Die Bundesregierung flankiert effizient und nachdrücklich durch rohstoffpolitische Förderinstrumente, Forschungsförderung und eine kohärent gestaltende Rohstoffaußenpolitik unter Berücksichtigung außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitischer Ziele (Rohstoffstrategie der Bundesregierung).

Rohstoffsicherheit betrifft den Kernbereich unserer nationalen Interessen: Der Zugang zu wichtigen Rohstoffen ist entscheidend, um langfristig Wohlstand und Wachstum zu sichern. Die Verfügbarkeit strategischer Ressourcen ist auch ein wesentliches Element der nationalen Sicherheit.

Rohstoffsicherheit bedarf einer aktiven Rohstoffaußenpolitik: Rohstoffaußenpolitik ist ein konstituierendes Element der Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Das Ziel der Rohstoffsicherheit kann nur durch aktiven Einsatz des Auswärtigen Amts und seiner Auslandsvertretungen erreicht werden.

Strategien zur Rohstoffsicherung setzen die klare Definition unserer Interessen und unseres Betätigungsfeldes voraus: Bundesregierung und Wirtschaft müssen klar definieren, wo Rohstoffinteressen auf politisch-diplomatischer Ebene vertreten werden sollen. Der Auswärtige Dienst versteht sich als Dienstleister der Wirtschaft. Die Wirtschaft sollte klar benennen, wo sie der Unterstützung durch die Bundesregierung bedarf.

Rohstoffinteressen müssen mit einer Stimme vertreten werden: Wir haben im internationalen Wettbewerb um Rohstoffe nur dann eine Chance, wenn wir unsere Interessen nach außen konsistent vertreten. Wir brauchen eine verbesserte Abstimmung innerhalb der Bundesregierung und einen systematischen Dialog zwischen Politik und Wirtschaft. Gerade die AA-BMWi-BMZ-Instrumente können stärker im Sinne unserer Rohstoffaußenpolitik eingesetzt werden.

Kluge Rohstoffaußenpolitik schafft „Win-Win-Situationen“: Investitionen im Rohstoffsektor können wichtige Modernisierungsbeiträge leisten (z.B. Ausbildung von Fachkräften, Verbesserung der Wertschöpfung durch Weiterverarbeitung im eigenen Lande, Unterstützung zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards). Strategische Rohstoffpartnerschaften, gestaltet als Win-Win-Situationen, können unsere Rohstoffsicherung auf eine nachhaltige Grundlage stellen.

Deutschland ist ein glaubhafter, weil verlässlicher Rohstoffpartner: Im härter werdenden Wettbewerb um Rohstoffe ist Deutschland ein „ehrlicher Rohstoffpartner“, der Interessen- und Wertepolitik zu verbinden weiß (Eintreten für Transparenz, Menschenrechte, Nachhaltigkeit).

Rohstoffe müssen handelbar bleiben: Angesichts von Handels- und Investitionsbeschränkungen kommt der EU eine entscheidende Rolle zu. Wir unterstützen die EU bei der Erarbeitung einer europäischen Rohstoffstrategie.

Dr. GEORG NÜBLEIN, MdB

Curriculum Vitae



Deutscher Bundestag

**MITGLIED DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN
BUNDESTAGES, ORDENTLICHES MITGLIED IM
AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE DES
DEUTSCHEN BUNDESTAGES, BERLIN**

Geboren am 10. April 1969 in Krumbach, ledig

- | | |
|--------------------|---|
| 1993 | Abschluss des Studiums der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Augsburg |
| Seit 1993 | im Bereich Bank- und Finanzwesen tätig; davon mehrere Jahre Bankhaus Reuschel & Co. Privatbank in München, nebenberuflich Dozent an der Bankakademie in Frankfurt |
| 1998 | Promotion zum Doktor |
| 1994 – 2001 | Kreisvorsitzender der Jungen Union |
| 1995 - 1997 | Mitglied im JU-Deutschlandrat und Mitglied im Landesausschuss der JU Bayern |
| Seit 1996 | Marktrat in Münsterhausen |
| 1996 - 2002 | Kreisrat im Landkreis Günzburg |
| 1997 - 2001 | Stellvertretender Bezirksvorsitzender der Jungen Union Schwaben |
| Seit 2002 | Mitglied des Deutschen Bundestages |
| Seit 2005 | Energiepolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Vizevorsitzender der Energiekoordinationsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion |
| Seit 2008 | Stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und Vorsitzender der Energie- und Klimakommission der CSU-Landesgruppe |
| Seit 2008 | Wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag |
| Seit 2009 | erneut Kreisrat im Landkreis Günzburg |

Globaler Rohstoffabbau und deutsche Interessen

- Eine sichere Rohstoffversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen ist von existentieller Bedeutung für die deutsche Industrie.
- Die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten ist längst im öffentlichen Focus angekommen. Noch nicht so große Aufmerksamkeit besteht bei nichtenergetischen Rohstoffen, wie Titan, Platin oder Kobalt - und dennoch sind diese als strategische Rohstoffe unabdingbar für unser Land.
- Die bestehende Abhängigkeit unserer Industrie von energetischen und nichtenergetischen Rohstoffen zeigt die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs. Denn Rohstoffsicherheit ist ein wichtiges volkswirtschaftliches Gut in unserem Land.
- Deutschland muss seine wirtschaftspolitischen Interessen im Bereich der Rohstoffsicherung selbstsicherer und offensiver vertreten als bisher - nur so bleibt unsere Industrie im internationalen Wettbewerb in der Champions League. Im Bereich der Entwicklungspolitik muss Gutmenschentum um das legitime Verfolgen wirtschaftspolitischer Eigeninteressen ergänzt werden.
- Deshalb steht fest: Wir müssen auf nationaler Ebene wie auf EU-Ebene weitere und übergreifende Strategien entwickeln, die die Sicherung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu den Rohstoffen am Weltmarkt ermöglichen. Darüber hinaus gilt: Die Industrie muss ressourceneffizient arbeiten, erneuerbare Rohstoffe verstärkt einsetzen und das Thema Recycling konsequent weiter ausbauen.

PANEL II

» Globale Transportsicherheit und Schutz Kritischer Infrastrukturen «



Franz-Josef Schneiders,
Bundesministerium für
Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung



Jochen Grimmelt,
Deutsche Bahn AG



Dr. Christoph von dem
Bussche, Wingas
Transport GmbH



Die Moderation des Panels wird durch Herrn Dr. Thomas Kurz,
Vizepräsident der BAKS, durchgeführt

Mit diesem zweiten Panel möchten wir gemeinsam mit den eingeladenen Referenten die Möglichkeiten und Herausforderungen bei Transportsicherheit und Schutz Kritischer Infrastrukturen erörtern. Dazu haben wir den Referenten folgende Leitfragen vorgegeben:

- **Wie unterstützt die Politik Transportprozesse in Deutschland und in Europa?**
Reibungslose und fließende Transportprozesse sind das effektivste Mittel zum Schutz globaler Lieferketten. Dabei muss die Politik zur Supply Chain Security auf praxisnahen Lösungen in enger Abstimmung mit der Transportwirtschaft beruhen.
- **Wie kann Transportsicherheit hergestellt werden?**
Die Deutsche Bahn muss mit endogenen und exogenen Risiken umgehen und eng mit staatlichen Stellen kooperieren.
- **Wie kann Kritische Infrastruktur effizient geschützt werden?**
Präventive Sicherungsmechanismen müssen in Einklang mit dem Staat institutionalisiert werden.

Anbei noch einige Fragen aus unterschiedlichen Perspektiven, die in der Diskussion zur Sprache kommen könnten:

Welches sind die Schwachstellen der Transportinfrastruktur?

Sind Terroranschläge unter Nutzung von Energietransporten zu verhindern (Tanklaster, Öltanker)?

Welche Rolle für Transportsicherheit spielt Seemacht heute?

Ministerialrat FRANZ-JOSEF SCHNEIDERS

Curriculum Vitae



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

**LEITER DES REFERATS Z 34, BUNDESMINISTERIUM FÜR
VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG, BONN**

Geboren 1954 in Schönbach/Kreis Daun (Eifel), verheiratet; zwei Töchter

1961 - 1965	Volksschule Schönbach
1965 - 1973	Regino Gymnasium Prüm (Bischöfliches Konvikt)
1973 - 1974	Grundwehrdienst
1974 - 1981	Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, Volkswirtschaft, Germanistik
1981	1. Staatsexamen
1982	wissenschaftlicher Mitarbeiter von Jürgen Echternach, MdB
1983 - 1984	Referendariat für das Lehramt am Gymnasium
1984	2. Staatsexamen
1984 - 1991	Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Büroleiter des wirtschafts-, verkehrs-, landwirtschafts- und postpolitischen Sprechers der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Ernst Hinsken, MdB
Seit 1992	Bundesministerium für Verkehr bzw. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (seit 1998)
1992 - 1993	Grundsatzabteilung
1993 - 1998	Pressereferat
ab 1995	Leitung des Pressereferates
2000 - 2001	Leitung des Referates Straßenverkehrssicherheit
Seit März 2000	Leiter des Referates Z 34 Nationale und internationale Angelegenheiten der zivilen Notfallvorsorge, der zivilen Verteidigung und des Krisenmanagements, Koordinierung von Angelegenheiten der Transportsicherheit



Globale Transportsicherheit und Schutz Kritischer Infrastrukturen

Bisherige Bilanz:

Es besteht ein hohes Sicherheitsniveau durch nationale, europäische und internationale Strategien, wie etwa der KRITIS-Leitfäden innerhalb Deutschlands.

Rahmenbedingungen:

Transportmittel und andere Elemente der kritischen Infrastrukturen sind sehr verletzlich durch Faktoren wie vernetzter globaler Wertschöpfungsketten und hoher Interdependenzen mit fast allen anderen Wirtschaftssektoren.

Risiken des Verkehrssektors:

Die Risiken sind vielfältig, etwa

- der internationale Terrorismus (Anschläge mit Flugzeugen auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001, auf Züge in Madrid am 11. März 2004, am 7. Juli 2005 in der Londoner U-Bahn, Kofferbomber von Köln im Juli 2006),
- die Piraterie (aktuell vor der Küste Somalias / Horn von Afrika),
- menschliches und technisches Versagen bzw. Unfälle (Ölpest im Golf von Mexiko nach der Explosion der Ölbohrplattform Deepwater Horizon 2010, Aluminiumwerk-Unfall mit Giftschlamm-Überschwemmung 2010 in Ungarn),
- Naturkatastrophen (Erdbeben und Tsunamis 2004 vor Sumatra, Indonesien, Hurrikan Katrina 2005 vor den Küstenregionen des Golfes von Mexiko, Erdbeben in Indien und Pakistan 2005, Erdbeben in der chinesischen Provinz Sichuan 2008, Zyklon in Myanmar (ehemals Burma) 2008, Erdbeben in Haiti 2010, Erdbeben in Chile und China 2010, Überschwemmungskatastrophe in Pakistan 2010) und
- Pandemien (die asiatische Grippe 1957, AIDS seit etwa 1980, die Schweinegrippe 2009).

Instrumente:

Es bestehen zwei komplementäre Handlungsansätze: Der risikobasierte und der kooperative Ansatz. Der erste zielt auf Risikoanalysen, die Definition von Schutzziele und „Restriktionen“ und die Verbindung zum Krisenmanagement. Der zweite stützt sich auf eine Zusammenarbeit der Verbände, Ressorts und Behörden mit der zivilen Sicherheitsforschung, ein Beispiel ist der Arbeitskreis „Sicherheit in der Logistik“.

Ausgewählte Maßnahmen:

Maßnahmen zur Garantie der Transportsicherheit sind die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, verpflichtende Vorsorgemaßnahmen für die Deutschen Bahn und das Verkehrsleistungsgesetz, das in einem Spannungs-, Verteidigungs- oder Bündnisfall eine ausreichende und geeignete Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern sicherstellen, bzw. die Streitkräfte im Rahmen ihrer Verteidigungsaufgaben logistisch unterstützen soll.

Umsetzungsverfahren:

Aus der Analyse von Kritikalität, Verwundbarkeit und Gefährdung sowie der Ableitung von Schutzziele werden Umsetzungsmaßnahmen, Organisationsmodelle und Handlungsoptionen entwickelt und der weitere Forschungsbedarf ermittelt.

JOCHEN GRIMMELT

Curriculum Vitae



**LEITER ZIVILE NOTFALLVORSORGE,
SICHERHEITSBEVOLLMÄCHTIGTER /
SABOTAGESCHUTZBEAUFTRAGTER,
DEUTSCHE BAHN AG, BERLIN**

Geboren am 02.01.1965, verheiratet, 1 Kind

- 1986 - 1996** Dienst in der Bundesmarine, u.a. Luftfahrzeugoperationsoffizier
- TACCO - Einsatzleiter auf Seefernaufklärer Breguet Atlantic
- 1996 - 2000** Studium an der Hochschule Bremerhaven
- Fachrichtung: Transportwesen – Logistik
- Abschluss: Dipl.-Wirtsch.-Ing.
- 1998 - 2002** Head of Customer Business Development, CargoLifter Network GmbH
- Zielmarktbestimmung,
- Vorbereitung des Markteintritts und
- Aufbau des Vertriebes der logistischen Dienstleistungen
- 2002 - 2006** Referent Konzernorganisation, Deutsche Bahn AG
- Seit 2006** Leiter Zivile Notfallvorsorge, Konzernsicherheit, Deutsche Bahn AG
- Umsetzung Verkehrssicherstellungsgesetz,
- Schutz Kritischer Infrastrukturen
- Sicherheitsbeauftragter; Sabotageschutzbeauftragter

Globale Transportsicherheit und Schutz Kritischer Infrastrukturen

Die Deutsche Bundesbahn gibt es nicht mehr.

Die Deutsche Bahn AG hat sich zu einem der führenden Mobilitäts- und Logistikdienstleister entwickelt. Sie ist heute die Nr. 1 im europäischen Schienengüterverkehr. Täglich werden ca. 5,2 Mio. Reisende in 27.000 Zügen befördert. Im Schienengüterverkehr werden rund 341 Mio. Tonnen pro Jahr befördert. Täglich fahren ca. 4.700 Güterverkehrszüge.

Mit einem Schienennetz von ca. 30.000 km, ihren Bauwerken und Verkehrsleistungen ist die DB Teil der Kritischen Infrastruktur Deutschlands.

Das Verkehrssystem der Deutsche Bahn AG Bahn ist ein „offenes System“, d.h. es ist auf Zugänglichkeit und Durchlässigkeit angelegt.

Entsprechend vielfältig sind die Bedrohungen und Risiken, die auf dieses System einwirken und entsprechend hoch sind die Anforderungen an die Securityorganisation der DB.

Das Security-Konzept der Bahn basiert im Wesentlichen auf folgenden vier Säulen:

- nachhaltige Präventionsarbeit
- gut ausgebildete und qualifizierte Mitarbeiter
- innovative technische Lösungen und
- enge und kontinuierliche Zusammenarbeit mit Polizeien und Sicherheitsbehörden

Netzwerke und Partnerschaften auf nationale Partner zu beschränken, greift viel zu kurz; die Internationalisierung des Unternehmens muss sich auch hier widerspiegeln.

Risiken und Gefahren lassen sich nicht völlig ausschließen. Die Herausforderung für die Sicherheitsorganisation des Unternehmens ist es – gemeinsam mit allen Partner – das Restrisiko zu beherrschen und mögliche Folgewirkungen zu begrenzen.



Dr. CHRISTOPH von dem BUSSCHE

Curriculum Vitae



GESCHÄFTSFÜHRER WINGAS TRANSPORT GmbH

Geboren am 03.11.1964 in Koblenz, verheiratet

1984 - 1989	Studium der Chemie, Universität Bonn und ETH Zürich
1990 - 1992	Promotion in Organischer Chemie, ETH Zürich
1992 - 1993	Wissenschaftlicher Mitarbeiter, University of California, Los Angeles
1993 - 1998	BASF AG Ludwigshafen - Forschung Life Science
1999 - 2000	- Produktmanager Marketing Zwischenprodukte
2000 - 2001	WINGAS GmbH, Kassel - Verkaufsleiter
2001 - 2006	WINGAS AG - Leiter Unternehmensentwicklung
2006 - 2009	WINGAS GmbH - Leiter Erdgasvertrieb Europa
Seit 2009	WINGAS TRANSPORT GmbH - Geschäftsführer

Globale Transportsicherheit und Schutz Kritischer Infrastrukturen

Erdgas ist der umweltverträglichste fossile Energieträger mit den geringsten CO₂-Emissionen. Knapp ein Viertel des Primärenergieverbrauchs wird in Deutschland durch Erdgas gedeckt. Nur Mineralöl hat in Deutschland mit etwa einem Drittel einen höheren Anteil an der Primärenergieproduktion (Steinkohle, Braunkohle, Kernenergie jeweils 11%, Erneuerbare 9%)*. Da nur ein geringer Anteil des Erdgasbedarfs (13%) aus deutschen Vorkommen gedeckt werden kann, ist Deutschland auf Importe angewiesen. Diese stammen hauptsächlich aus Russland (32%), Norwegen (29%) und den Niederlanden (20%)*. Durch die rückläufige inländische Produktion wird der Importbedarf zukünftig weiter steigen.

Eine sichere Versorgung mit dieser strategisch wichtigen Ressource bedarf sowohl der Produktions- als auch einer Transportinfrastruktur. Letztere wird in Europa zum überwiegenden Teil (in Deutschland ausschließlich) durch stationäre Pipelines und nur zum geringen Teil durch Schiffe (LNG) gestellt.

Der direkte Schutz der Produktion obliegt dem jeweiligen Produktionsland und entzieht sich damit dem nationalen deutschen Einfluss. Auch sind der Bewachung der größtenteils unterirdisch verlegten Pipelines aus Praktikabilitätsgründen Grenzen gesetzt. Deshalb ist das angemessenste Instrument zum Schutz der Erdgastransportinfrastruktur -und damit auch der Versorgungssicherheit der Energielieferungen - die Diversifizierung. Diese muss sich sowohl auf Transportwege als auch auf Produktionsquellen beziehen.

Mit der zunehmenden Regulierung der Erdgastransportinfrastruktur durch nationale und europäische Regulierungsbehörden obliegt es diesen Institutionen, ein Investitionsklima zu schaffen, welches Investitionen in die Versorgungssicherheit nicht nur ermöglicht, sondern auch aktiv fördert.

Gerade in diesem Bereich weist Deutschland aber heute noch erhebliche Defizite auf. Trotz benötigter Neuinvestitionen in die Gasimportinfrastruktur wurden in 2009 gerade einmal 80 Mio. EUR an Investitionsbudgets von der Bundesnetzagentur (2 % des für Strom genehmigten Investitionsvolumens) für Gasinfrastruktur genehmigt.

Bemerkenswert ist, dass im heutigen Regulierungssystem Investitionsbudgets für Investitionen in die Versorgungssicherheit nicht genehmigungsfähig sind. Dabei beträgt der Anteil der gesamten Netzentgelte gemäß Monitoringbericht der EU gerade einmal 4 % des Gaspreises** oder 0,15 ct/kWh. Dies ist weniger als ein Zwanzigstel der Umlage nach dem Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien (EEG-Umlage 2011). Zwar gelang es nach Angaben der Bundesnetzagentur durch Regulierung des Ferngastransports, die Netzentgelte um 25% zu senken. Ob diese Senkung, die etwa einem Hundertstel der EEG Umlage entspricht, allerdings die damit in Kauf genommenen Einschnitte in die Versorgungssicherheit des strategisch bedeutenden Energieträgers Erdgas rechtfertigt, ist fraglich.

*) BDEW, Gaszahlen 2010

***) Monitoringbericht 2008, Industriekunden, mengengewichteter Mittelwert am Anteil des Gesamtwertes



Anorganische Rohstoffe

Anorganische Rohstoffe sind Ressourcen der unbelebten Natur einschließlich des Wassers und der Luft.

BGR: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover

Die BGR ist als Fachbehörde des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die zentrale wissenschaftlich-technische Institution zur Beratung der Bundesregierung in allen georelevanten Fragestellungen.

Quelle: www.bgr.bund.de

Braunkohle

Braunkohle ist ein Sedimentgestein, das durch Druck und Luftabschluss (hydrothermale Karbonisierung ist das industrietechnische, Inkohlung das natürliche Verfahren) von organischen Substanzen, wie etwa abgestorbener Bäume, entstanden ist. Es handelt sich um einen fossilen Brennstoff, der zur Energieerzeugung verwendet wird. Über 14 Prozent der weltweiten förderfähigen Braunkohlereserven befinden sich in Deutschland. In Russland befindet sich mit rund 32 Prozent der größte Anteil. Bei gleich bleibender Förderung (966,8 Millionen Tonnen im Jahr 2006) könnte der weltweite Bedarf noch für etwa 293 Jahre gedeckt werden. In Deutschland würden die gewinnbaren Vorräte noch für 231 Jahre ausreichen. Deutschland fördert mit rund 18 Prozent am meisten Braunkohle weltweit, China, die USA, Russland und Australien folgen. Große europäische Abbaugelände befinden sich in Griechenland, Polen und Tschechien. In Deutschland gibt es drei große Braunkohle-Revier: das Rheinische Braunkohlenrevier in der Niederrheinischen Bucht, das Mitteldeutsche Braunkohlenrevier und das Lausitzer Revier. Daneben existieren noch kleinere Förderstätten im Helmstedter Braunkohlerevier. Weitere kleinere Revier sind inzwischen ausgekohlt. Das größte deutsche Braunkohleunternehmen ist die RWE Power AG (vormals RWE Rheinbraun AG). Braunkohle wird überwiegend als Brennstoff für die Stromerzeugung genutzt. Zu 35 Prozent ist sie an der Primärenergieerzeugung der Bundesrepublik Deutschland beteiligt.

Der Anteil der Jahresförderung steigt derzeit und liegt bei etwa zehn Prozent. Die Gewinnung und Verarbeitung von Braunkohle verursacht tiefgreifende Eingriffe in die Ökologie der Bergbaureviere und in den Verarbeitungsorten der Braunkohle, z. B. durch Kraftwerke. Die Gewinnung von Braunkohle im Tagebau, heute fast ausschließliche Abbauart, ist mit einem sehr starken Flächenverbrauch verbunden. Um Lagerstätten möglichst vollständig hereinzu gewinnen zu können, werden ganze Dörfer umgesiedelt, was zu Konflikten mit der Bevölkerung führen kann.

Commodities

Als Commodities werden Massenrohstoffe mit einem weiten Verwendungsspektrum, etwa Eisen, Stahl, Kupfer und Chrom bezeichnet. Die Nachfrage an Massenrohstoffen wird vom Weltwirtschaftswachstum bestimmt, während die Nachfrage nach Hochtechnologiemetallen eher vom technologischen Fortschritt abhängt.

Quelle: [CDU/CSU-Rohstoffstrategie](#)

Deutsche Rohstoffagentur

Die Deutsche Rohstoffagentur ist eine neue organisatorische Sondereinheit in der BGR. Bundeswirtschaftsminister Brüderle gab ihre Gründung Anfang Oktober diesen Jahres bekannt. In diese neue Rohstoffagentur soll die bisher bereits bestehende rohstoffwirtschaftliche Beratungstätigkeit der Bundesanstalt für die Bundesregierung integriert werden. Sie soll folgende Aufgaben übernehmen: Aufbau eines Rohstoffinformationssystems, kundenspezifische Beratung und Unterstützung von Unternehmen und Unternehmensverbänden, fachliche Unterstützung der Bundesregierung bei der Einrichtung und Durchführung von Förderprogrammen auf den Gebieten der Rohstofferkundung, der Rohstoffgewinnung sowie der Rohstoff- und Materialeffizienz, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Vorfeld der Industrie sowie Kooperation mit rohstoffreichen Ländern.

Quelle: www.BMWi.de

Deutsche Rohstoffstrategie

Sie ist vom Herbst diesen Jahres und baut auf dem Dokument „Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ von 2007 auf. Sie umfasst 16 Punkte, die der Rohstoff-sicherheit bei gleichzeitiger Nachhaltigkeit dienen sollen (siehe S. 15).

Quelle: www.BMWi.de

Energetische Rohstoffe/ Energierohstoffe

Als energetische Rohstoffe gelten im Prinzip alle Primärenergieträger. Hierzu zählen die fossilen Energieträger Erdöl, Erdgas und Kohle sowie Kernbrennstoffe wie Uran.

Energieeffizienz

Energieeffizienz wird durch die Senkung des Energieverbrauchs und die Vermeidung von Energieverschwendung erreicht. In den Sektoren mit hohem Energieverbrauch bestehen umfassende Einsparungspotenziale. Hierzu zählen der Gebäudebereich, die verarbeitende Industrie, der Bereich Energieumwandlung sowie der Verkehr. Um ihren Energieverbrauch zu senken, legt die EU Mindestnormen für die Energieeffizienz sowie Regeln zur Kennzeichnung von Produkten, Dienstleistungen und Infrastrukturen fest.

Quelle: http://europa.eu/legislation_summaries/energy/energy_efficiency/index_de.htm

Energiesicherungsgesetz

Das Energiesicherungsgesetz (BGBl I 3681) von 1974 mit Änderung von 2006 erlaubt die Erlassung von Vorschriften durch Rechtsverordnungen bei Gefährdung oder Störung der Einfuhren von Mineralöl oder Erdgas, d.h. bei einem zivilen Notstand. Diese Vorschriften können sich auf die Produktion, den Transport, die Lagerung, die Verteilung, die Abgabe, den Bezug, die Verwendung sowie die Höchstpreise von Erdöl, Erdölzeugnissen, festen, flüssigen, gasförmigen Energieträgern, von elektrischer Energie und von sonstigen Energien sowie über Buchführung-, Nachweis- u. Meldepflichten hinsichtlich dieser Güter; z.B. Einführung eines Sonntagsfahrverbotes und einer Geschwindigkeitsbegrenzung für Kraftfahrzeuge beziehen.

Verstöße gegen erlassene Rechtsverordnungen können als Ordnungswidrigkeit oder Straftat geahndet werden. Die Maßnahmen reichen von Appellen und Empfehlungen zur Energieeinsparung bis zur Zwangsbewirtschaftung von Energieträgern.

Quelle: www.gesetze-im-internet.de

Erdgas

Erdgas ist der drittichtigste Energieträger mit einem Anteil von knapp 24 Prozent am Welt-Primärenergieverbrauch hinter Erdöl und Kohle. In den letzten Jahren stieg der Erdgasverbrauch, eine Entwicklung, die sich wohl fortsetzen wird. 2008 erreichte der Erdgasverbrauch mit etwa 3,1 Billionen Kubikmetern einen neuen Höchststand. Nicht-konventionelles Erdgas wie Kohleflözgas, Gas aus dichten Speichergesteinen, Aquifergas und die Gashydrate sind in der Weltversorgung mit Erdgas momentan eher untergeordnet.

Quelle: www.bgr.bund.de

Erneuerbare Rohstoffe/ Nachwachsende Rohstoffe

Erneuerbar sind nachwachsende Rohstoffe aus dem Tier- und Pflanzenreich, aber auch anorganische Stoffe wie Wasser, Luft und Sonne. Normalerweise spricht man von nachwachsenden Rohstoffen bei organischen Rohstoffen, die aus land- und forstwirtschaftlicher Produktion stammen und für Zwecke außerhalb des Nahrungs- und Futterbereiches verwendet werden. Zumeist sind sie pflanzlicher Herkunft oder biogene Abfallprodukte. Sie werden energetisch (Energiepflanzen) und stofflich (Industriepflanzen) genutzt. Die energetische Nutzung erfolgt in flüssiger (Biokraftstoff) und in fester Form (Biogener Brennstoff), sowie gasförmig (Biogas). Von stofflicher Nutzung spricht man unter anderem bei der Herstellung von technischen Ölen, Textilien, Faserstoffen, Kunststoffen und chemischen Grundstoffen. Da nachwachsende Rohstoffe nicht ausgehen und in nahezu allen Ländern der Erde gewonnen werden können, tragen sie zur Versorgungssicherheit bei. Sie tragen außerdem zu Nachhaltigkeit in der Energie- und Rohstoffbereitstellung bei.

Glossar ENERGIE UND ROHSTOFFE

Da sie bei der energetischen Nutzung weniger Treibhausgase freisetzen als fossile Rohstoffe und bei der stofflichen Nutzung sogar Kohlendioxid konservieren, helfen sie, den Klimawandel zu bremsen.

Quelle: www.nachwachsenderohstoffe.de/basisinfo-nachwachsende-rohstoffe/ueberblick/

Deutschlands Ölquellen



Erdöl

Erdöl ist weltweit der wichtigste Energieträger und deckt 35 Prozent des Primärenergieverbrauchs. In Zukunft werden nicht-konventionelle Erdöle wie Schweröl, Schwerstöl, Ölsande oder Ölschiefer eine immer größere Rolle bei der Energieversorgung spielen. Besonders große Vorkommen dieser Rohstoffe finden sich zum Beispiel in Venezuela (Schwerstöl) und Kanada (Ölsande). Die wirtschaftliche Gewinnbarkeit hängt jedoch in hohem Masse von der Entwicklung des Ölpreises ab.

Europäische Energiepolitik

Anfang 2007 hat die EU eine neue Energiepolitik vorgestellt. Ihr Ziel ist eine Wirtschaft mit niedrigem Energieverbrauch und mit sicherer, wettbewerbsfähiger und nachhaltiger Energie. Erreicht werden soll dieses Ziel durch Instrumente wie Steuern, Subventionen und dem System für den Handel mit CO₂-Emissionsrechten, der Entwicklung von Technologien im Energiebereich (insbesondere von Technologien in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien oder von kohlenstoffarmen Technologien) und der gemeinschaftlichen Finanzierungsinstrumente.

Importabhängigkeit Deutschlands:

Rohstoff	Importanteile in %	Hauptsächliche Verwendung
Aluminium	100	Flugzeugbau
Baumwolle	100	Stoffe
Chrom	100	Stahlherstellung
Kobalt	100	Computer
Mangan	100	Stahlherstellung
Molybdän	100	Stahlherstellung
Nickel	100	Stahlherstellung
Phosphat	100	Dünger
Quecksilber	100	Chemie, Elektrotechnik
Rohmagnesium	100	Legierungsbestandteil, Düngemittelzusatz
Tantal	100	Stahlherstellung
Tellur	100	Legierungsbestandteil, Halbleitertechnik
Titan	100	Flugzeugbau
Vanadium	100	Stahlherstellung
Wolfram	100	Elektrotechnik
Zinn	100	Bleche
Kupfer	99	Kabel
Silber	98	Fotochemie
Eisenerz	98	Auto- und Schiffbau
Erdöl	96	Energie
Blei	92	Batterien
Zink	71	Draht, Messing

Quelle: Internationale Logistik von Arno Schieck, aus Kortmann 1998, S. 68

Interministerieller Ausschuss „Grundstoffe“

Ein Ausschuss der Bundesregierung unter Federführung des BMWi mit engem Kontakt zum BDI, den Fachverbänden sowie zur rohstoffgewinnenden und –verarbeitenden Industrie.

Lagerstätten

Lagerstätten sind Orte der Erdoberfläche oder Erdkruste, an denen sich feste, flüssige oder gasförmige Rohstoffe in abbauwürdiger Form angereichert haben. Sie sind standortgebunden und nicht vermehrbar, das heißt, die Rohstoffgewinnung kann nur dort erfolgen, wo sich die Rohstofflagerstätte von Natur aus befindet. Die Bauwürdigkeit wird durch Faktoren wie die Menge, Qualität oder Lage des Rohstoffes bestimmt. Von einer nutzbaren Lagerstätte spricht man, wenn sich der Abbau in Zukunft lohnen könnte, von einem Vorkommen, wenn der Abbau unwirtschaftlich wäre. Mit steigenden Rohstoffpreisen und Verknappungen rücken weitere Lagerstätten auch in Deutschland in den Fokus. In Anbetracht des zunehmenden Bedarfs an Konsumgütern und dem damit verbundenen Verbrauch an Rohstoffen muss bereits heute nach neuen Rohstoffvorkommen oder nach Lagerstätten alternativer Materialien gesucht werden.

Mineralische Rohstoffe

Mineralische Rohstoffe sind Metalle, Industriemineralien, Steine und Erden. Von den nicht-metallischen Rohstoffen stammen vor allem Kali- und Steinsalz sowie der größte Teil der Steine und Erden aus inländischer Produktion. Bei den primären Metallrohstoffen ist Deutschland jedoch zu 100% importabhängig.

Quelle: www.bgr.bund.de

Nichtenergetische Rohstoffe

Nichtenergetische Rohstoffe sind keine Energieträger. Sie sind jedoch zentraler Bestandteil von Hightech-Produkten sowie von alltäglichen Bedarfsgütern, wie Häuser, Autos, Computer und Mobiltelefone.

Quelle: http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/index_de.htm

Nicht-erneuerbare Rohstoffe

Nicht erneuerbar sind die Rohstoffe, die in geologischen oder astronomischen Zeiträumen entstehen. Dazu zählen alle mineralischen Rohstoffe, also anorganische Rohstoffe, die als Bestandteil der Erdkruste oder des Erdmantels in der Natur vorkommen. Hierzu zählen die Gruppen der Gesteine oder Sedimente, der Salze, der metallischen und der fossilen Rohstoffe.

Nicht genutzte Lagerstätten in Deutschland

Die in Deutschland geologisch ausreichend vorhandenen Rohstofflagerstätten werden durch staatliche Überplanungen und Festsetzungen mit anderen Nutzungen teilweise der Gewinnung entzogen. Dies ist unter anderem auf die beiden Naturschutzrichtlinien der Europäischen Union (Vogelschutzrichtlinie und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) zurückzuführen. Ohne adäquate Berücksichtigung der Rohstofflagerstätten bei der Flächennutzungsplanung fehlen Zugriffsmöglichkeiten auf wertvolle Rohstoffe. So erhöht sich die Abhängigkeit von Importen auch solcher Rohstoffe, über die Deutschland in ausreichendem Maß selbst verfügt. Da die Importe mit einem höheren Energieaufwand und stärkerer Umweltbeeinträchtigung für längere Transportwege verbunden sind, erscheint es sinnvoll zu prüfen, ob die Nutzung von Rohstofflagerstätten im Einklang mit dem Naturschutz möglich ist.

Quelle: <http://www.v-r-b.de>

Organische Rohstoffe

Organische Rohstoffe stammen aus der belebten Natur. Zu ihnen zählen pflanzliche und tierische Stoffe einschließlich der Mikroorganismen.

Glossar ENERGIE UND ROHSTOFFE

Ressource

Der Begriff wird einerseits synonym zum Rohstoffbegriff verwendet, andererseits werden als Ressourcen ebenfalls die nachgewiesenen Mengen von Rohstoffen definiert, die derzeit technisch und/oder wirtschaftlich nicht gewonnen werden können, sowie die nicht nachgewiesene, aber geologisch mögliche, zukünftig gewinnbare Menge einer Rohstoff-Lagerstätte.

Rohstoffe

Rohstoffe sind natürliche Ressourcen, die bis auf die Lösung aus ihrer natürlichen Quelle noch keine Bearbeitung erfahren haben. Sie werden aus der Natur gewonnen und entweder direkt konsumiert oder als Arbeitsmittel und Ausgangsmaterialien für weitere Verarbeitungsstufen in der Produktion verwendet. Nach ihren Eigenschaften, dem Grad ihrer Generierbarkeit, ihrer Herkunft und ihrem Verwendungszweck werden Rohstoffe klassifiziert. Rohstoffe kommen aus den unterschiedlichen Bereichen der Geosphären. Aus der Biosphäre werden die pflanzlichen und tierischen Stoffe, aus der Hydrosphäre das Wasser und der Fisch, aus der Erdatmosphäre der Sauerstoff, aus der Lithosphäre die mineralischen Rohstoffe gewonnen. Sie sind für die Erhaltung und Verbesserung der Wirtschafts- und Infrastruktur unerlässlich und finden außer in Hochbau, Verkehrswegebau und -erhaltung auch in der Glas- und Keramikherstellung sowie in anderen Bereichen Verwendung.

Rohstoffe, die in Deutschland gewonnen werden:

Baustoffe, Steine, Erden:

Dezentral gewonnene Rohstoffe wie Kies, Sand, Naturstein, Schiefer, Kalkstein, Tone, Spezialtone und andere keramische Rohstoffe, Kalkgesteine für die Zementproduktion und Gips dienen als verbrauchsnahe benötigte Baustoffgrundlage.

Salze:

Kalisalz wird überwiegend als Dünger eingesetzt und dient der Sicherstellung der Ernährung.

Aus Kali- und Steinsalzen werden vielfältige Produkte hergestellt, die in der Chemie, der Pharmazie, der Agrarindustrie oder als Kunststoffe gebraucht werden. Auftausalz ist für die Erhaltung der Sicherheit des Verkehrs nicht ersetzbar.

Industrieminerale:

Schwerspat, Flussspat, Bentonit, Kaolin und andere Industrieminerale werden in verschiedenen Industriebereichen eingesetzt (z. B. in der chemischen, metallverarbeitenden, Elektro- und Autoindustrie) als Basis für eine vielfältige Palette von Produkten oder Füll- und Bindemitteln.

Energierohstoffe:

Kohle, Erdöl und Erdgas werden in der Energieerzeugung (Strom- und Wärmeenerzeugung) eingesetzt. Koks aus Kokskohle wird für die Stahlerzeugung benötigt. Energierohstoffe bilden die Grundlage für die Kohlechemie, für Kraftstoffe, Schmiermittel und weitere Produkte.

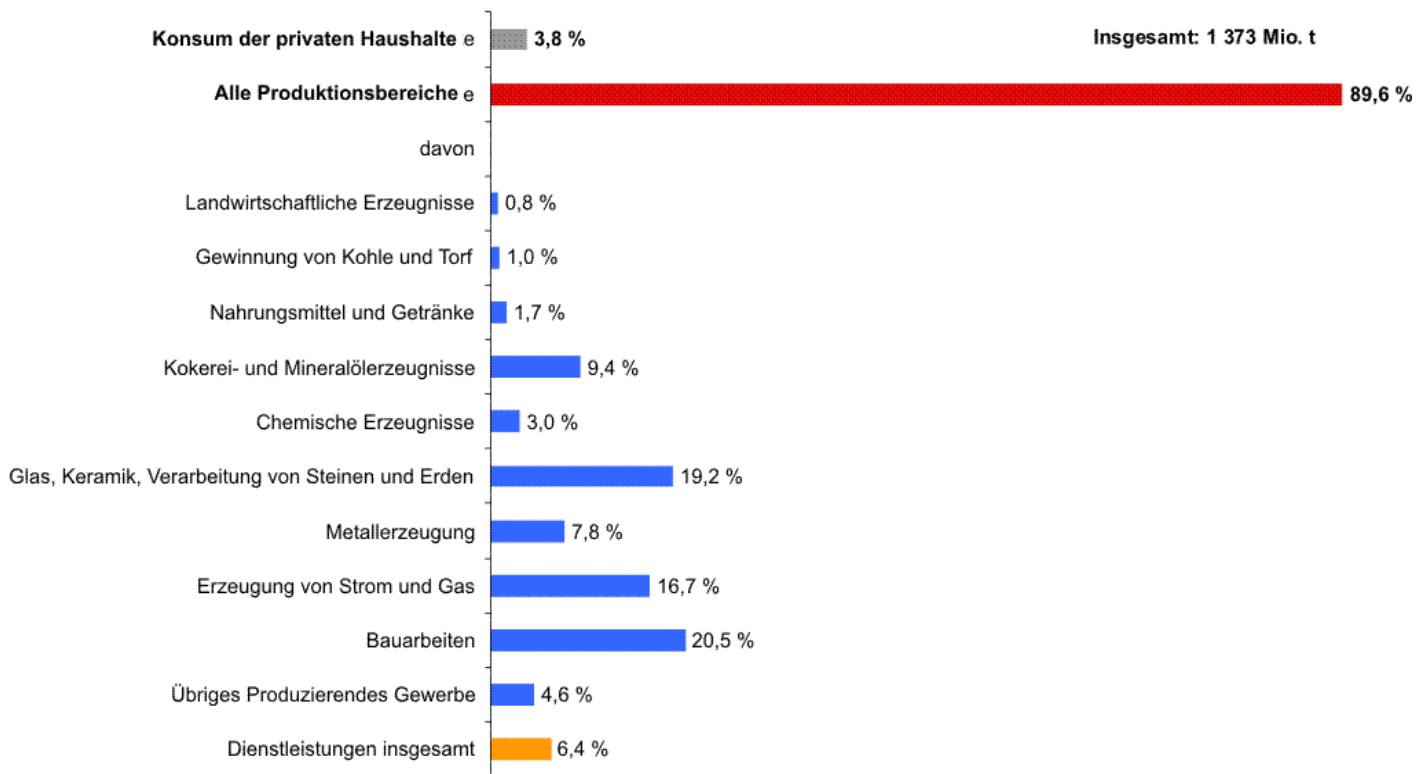
Erze: Neben Eisenerz kann in Zukunft die Gewinnung weiterer Metallerze treten, die z. Z. in Deutschland exploriert werden. Der Bedarf an Rohstoffen der ersten beiden Gruppen wird hauptsächlich aus Rohstofflagerstätten in Deutschland gedeckt. Bei den anderen Gruppen besteht eine hohe Importabhängigkeit.

Quelle: Vereinigung Rohstoffe und Bergbau, CDU/CSU-Rohstoffstrategie

Glossar ENERGIE UND ROHSTOFFE

Rohstoffverbrauch in Deutschland

Verwendung von abiotischen Primärmaterialien nach wirtschaftlichen Aktivitäten 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt, Umweltnutzung und Wirtschaft. Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2008, Wiesbaden 2008 und Mitteilung vom 03.06.2009

Rohstoffverwendung

Nach Verwendungszweck werden Agrar- und Industrierohstoffe unterschieden. Agrarrohstoffe in Form Organischer Abfälle können als Ausgangsstoff zur Biogasproduktion genutzt werden. Industrielle pflanzliche Rohstoffe sind Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Produktion, die als Grundstoffe für technische Verwendungszwecke dienen. Zu ihnen gehören etwa Holz, Kautschuk, Baumwolle, Industrieobst, Heilpflanzen oder Raps. Industrierohstoffe aus anorganischen und fossilen Ressourcen werden vor allem als Bodenschätze im Bergbau gefördert. Sie werden in vier Verwendungsgruppen eingeteilt:

- Energierohstoffe dienen der Erzeugung von Energie. Zu ihnen gehören fossile Rohstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas, Luft, Wasser und Sonne als Grundlagen erneuerbarer Energie und

das Uran als Rohstoff zur Erzeugung von Kernenergie.

- Chemische Rohstoffe wie Kalk oder Salz werden in der chemischen Industrie weiterverarbeitet.

- Metallrohstoffe werden aus Erzen gewonnen. Eisen, Aluminium und Stahl als Produkt von Eisen und Stahlveredelern bilden die Grundrohstoffe des Maschinen-, Schiff- und Automobilbaus. Edelmetalle wie Gold, Silber oder Platin sind nicht nur für die Schmuckindustrie entscheidend, sondern bilden zusammen mit Kupfer, Zinn und Halbleitern die Grundlage der Elektroindustrie und Elektronik.

- Bau- und Keramikrohstoffe sind Grundstoffe der Bauindustrie. Sie werden aus Gesteinen oder Sedimenten gewonnen. Wichtige Baustoffe sind Sand, Kies, Tonmineral, Kaolin und Werksteine.

Rohstoffwirtschaft

Allgemein formuliert handelt es sich bei der Rohstoffwirtschaft um die Beschreibung, Erklärung, Prognose und Gestaltung wirtschaftlicher Zusammenhänge und Entwicklungen auf dem Rohstoffsektor. Dabei erstreckt die Rohstoffwirtschaft sich von der Suche über die Gewinnung bis zur Verarbeitung der Rohstoffe und hat volks- und betriebswirtschaftliche Bezüge. Im Rahmen der betrieblichen Funktionen Beschaffung und Absatz werden die Beziehungen zwischen Rohstoffproduzent und Rohstoffverwender bzw. -verbraucher und evtl. nötigen Institutionen (z. B. Börsen) behandelt. Seit der Internationalisierung des Bergbaus und des globalen Rohstoffhandels zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben sich die Rohstoffmärkte im Hinblick auf die Angebots- und Nachfrageentwicklung stark zyklisch verhalten. Diese teils hohe Preisvolatilität ist dabei bisher durch besagtes Ungleichgewicht und nicht, wie so oft fälschlicherweise angenommen, wegen der Erschöpfung von Rohstoffvorkommen zustande gekommen. Wegen dieser Preisvolatilitäten und zahlreicher Lieferrisiken ist die Planungssicherheit für Unternehmen eingeschränkt. Preis- und Liefersicherungsmechanismen im Einkauf, die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards in der Lieferkette sowie der Erhalt funktionierender Marktmechanismen im Rohstoffhandel werden daher zunehmend an Bedeutung gewinnen. Deshalb ist die ständige Bewertung der Entwicklungen auf den internationalen Rohstoffmärkten wichtig, um möglichst frühzeitig Versorgungsrisiken zu identifizieren und erforderlichenfalls gegenzusteuern.

Sekundärrohstoffe/ falsch deklarierte Transporte

Durch Recycling wiederaufgearbeitete Abfallprodukte, die erneut in den Produktionskreislauf eingehen, sind Sekundärrohstoffe. Der Bedarf an Sekundärrohstoffen beträgt innerhalb der EU inzwischen etwa die Hälfte des Ausgangsmaterials für die Metallerzeugung. Recycling von Metallen, etwa Kupfer, benötigt weniger Energie, als die Herstellung neuen Kupfers. Der Einkauf ist wegen unfairer Handelspraktiken schwierig.

Allein China erhebt - der Europäischen Kommission zufolge - 373 Exportzölle auf Rohstoffe und Rohre, Bleche oder Drähte aus Kupfer. Auch beim Import gibt es Probleme: Zollbetrügereien, Falschklassifikationen und Falschdokumentationen von Schrottsorten um Importzölle sind gängige Praktiken in China, aber auch in Russland, Pakistan oder Ägypten, teils auch in der Türkei. Daneben erhalten Betriebe Subventionen, beispielsweise billige Kredite von chinesischen Staatsbanken. Durch Subventionen haben chinesische Kupfereinkäufer mehr Geld zur Verfügung und stechen so häufig ihre europäischen Kollegen aus. Deshalb geht ein Drittel des weltweiten Schrotts allein nach China. Auch in Deutschland gibt es Probleme: Wegen der hohen Weltmarktpreise für Schrott ist es attraktiv, alte Kühlschränke oder Autos in die Dritte Welt weiter zu verkaufen. Deklariert werden die Waren als Gebrauchsgüter, die weiter benutzt werden. Wären die Güter richtigerweise als Abfall deklariert, dann dürften sie die Zone der Industrieländer gar nicht verlassen. Zusätzlich müsste deren ordnungsgemäße Entsorgung gewährleistet sein.

Quelle: <http://www.dradio.de/aktuell/1251466/>

Seltene Erden - Metalle

Die Gruppe der Seltenen Erden, auch Seltenerdmetalle genannt, umfasst die chemischen Elemente der 3. Gruppe des Periodensystems (Ausnahme: Actinium) sowie die Lanthanoide. Das größte Vorkommen von Seltenen Erden befindet sich in der Inneren Mongolei in China, (2,9 Millionen Tonnen), das zweitgrößte, dessen Abbau noch erforscht wird, in Grönland. Ebenfalls große Vorkommen wurden in Australien und in Kanada entdeckt. Bereits erschlossene Vorkommen von Seltenen Erden befinden sich außerdem in Kalifornien in den USA, in Indien, Brasilien und in Malaysia. Seltene Erden werden für viele Schlüsseltechnologien benötigt, etwa Europium in Röhrenbildschirmen. Neodym-Magnete werden in Elektromotoren, in Windkraftanlagen und in Hybrid-Motoren von Autos verwendet. Für Leuchtstoffröhren kommen ebenfalls Seltene Erden zum Einsatz. Das Element Lanthan wird für Batterien benötigt.

Das seltene Indium wird für Flachbildschirme und Handys, Ruthenium in Festplattenlaufwerken und elektrischen Widerständen verwendet. Beim Abbau der teils giftigen Seltenen Erden durch das Herauswaschen der Metalle mit Säuren aus Bohrlöchern bleibt vergifteter Schlamm zurück. Der Weltmarktführer China vernachlässigt hierbei Standards des Umweltschutzes. Seit einigen Jahren drosselt China die Exportmenge an Seltenen Erden. Für Neodym, Lanthan, Cer und Europium soll eine Exportquote von 35.000 Tonnen gelten, für einige Metalle wie Yttrium und Thulium wird ein komplettes Exportverbot eingeführt. Hierdurch soll bewirkt werden, dass Schlüsseltechnologien im eigenen Land produziert werden. Chinas marktdominante Stellung wird dadurch verstärkt, dass der Abbau Seltener Erden sehr teuer ist.

Steinkohle

Steinkohle ist ein fossiler Energieträger und wird vor allem zur Strom- und Wärmeerzeugung sowie zur Koksproduktion genutzt. Es handelt sich um ein Sedimentgestein, das durch Karbonisierung von Pflanzenresten (Inkohlung) entstanden ist. Steinkohle besteht zu mehr als 50 Prozent des Gewichtes und mehr als 70 Prozent des Volumens aus Kohlenstoff. Die größten förderfähigen Reserven liegen in den USA, in China und Indien. In China und den USA werden fast zwei Drittel der Steinkohle weltweit gefördert. Die größten Abbaugelände Europas liegen in Russland, Polen und der Ukraine. In Deutschland wird Steinkohle derzeit im Ruhrgebiet und im Saarland, Anthrazitkohle in Ibbenbüren abgebaut. Der Abbau von Steinkohle ist seit 1998 in der Deutschen Steinkohle AG gebündelt. Von den sechs Bergwerken der AG liegen vier im Ruhrgebiet, eins im Saarland und eins im Münsterland. Die Steinkohlesubvention bewirkt, dass nicht nur ausländische Steinkohle verwendet wird, die, bedingt durch Lagerstätten und Lohnstruktur, preiswerter gefördert werden kann. Zur Wärmeerzeugung wird Steinkohle verbrannt, wobei verschiedene Gase, etwa Kohlendioxid, entstehen. Dies stellt ihre häufigste Verwendung dar. Auch Energieerzeugung ist mit Steinkohle möglich. Außerdem wird die Kohle zur Gewinnung von Steinkohlen-

koks eingesetzt. Dieses findet als Brennstoff und als Reduktionsmittel bei der Eisenproduktion in Hochöfen Verwendung. Auch als Rohstoff für die chemische Industrie wird Steinkohle gebraucht, besonders der bei der Verkokung anfallende Steinkohlenteer. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wird in der chemischen Industrie aber vor allem Erdöl verwendet. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) schätzt, dass die Steinkohle bei gleichbleibender Förderung den Bedarf noch etwa 137 Jahre decken kann. In Deutschland ist nur ein Teil der großen Steinkohlevorräte international wettbewerbsfähig förderbar. Dies liegt an ungünstigen geologischen Bedingungen. Bis 2018 soll die Steinkohleförderung in Deutschland auslaufen. Dieser Beschluss wird 2012 noch einmal nach den aktualisierten Wirtschaftlichkeitsprognosen geprüft werden.

Strategische Ellipse

Das Gebiet, in dem sich etwa 74 Prozent der konventionellen Erdölreserven befinden, wird „Strategische Ellipse“ genannt. Es ist ein relativ eng begrenztes Gebiet und reicht vom Nahen Osten über den Kaspischen Raum bis nach Nordwest-Sibirien. Auch die Erdgasreserven befinden sich zu über 70 Prozent in dieser Region, wobei mehr als die Hälfte auf die drei Ländern Russland, Iran und Katar entfällt.

Quelle: www.bgr.bund.de

Versorgungssicherheit in der EU

Unter Versorgungssicherheit versteht man die verlässliche Versorgung einer Volkswirtschaft zu vernünftigen Preisen. Auch die Reduzierung von politischen Abhängigkeiten zur Abwehr von Knappheiten spielt eine Rolle. Die EU bringt Maßnahmen und Partnerschaften zur Sicherstellung ihrer Energieversorgung auf den Weg, da sie auf Grund ihrer Importabhängigkeit, eventueller Energiekrisen und der Ungewissheit, die auf der zukünftigen Versorgung lastet, verletzbar ist. Die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Energiebereich durch die Beitrittsländer ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil für den erfolgreichen Abschluss des EU-Beitrittsprozesses.

Quelle: http://europa.eu/legislation_summaries/energy/

Verwendung von Speziellen Rohstoffen

Die so genannten Hochtechnologiemetalle wie Kobalt, Platin, Titan und seltene Erden sind zentral für die Herstellung technisch anspruchsvoller Produkte. Einige Rohstoffe sind nicht ersetzbar, so etwa Chrom in rostfreien Stählen, Kobalt in verschleißfesten Legierungen, Indium in Flüssigkristall-Displays und Flachbildschirmen und Neodyn in starken Pergamentmagneten. In einigen Branchen besteht Nachfragekonkurrenz um bestimmte Rohstoffe. Tantal zum Beispiel wird in der Elektrotechnik, in der Stahlveredlung und der Chirurgie benötigt, Platin in der Chemie und KZ-Industrie.

Quelle: CDU/CSU-Rohstoffstrategie

AEO

Authorized Economic Operator, siehe unter *EU-Verordnung 648/2005*.

Air Cargo Security Requirements

Zentraler Vorschriften- und Maßnahmenkatalog der Transportation Security Administration (*TSA*) zur Regelung der Luftfrachtsicherheit auf Flügen von den und in die USA. Die Regelungen sind seit dem Frühjahr 2006 in Kraft und werden regelmäßig durch Security Amendments weiterentwickelt.

ADR/RID/ADNR-Vorschriften

Europäische Regelungen zum Schutz des Transports gefährlicher Güter für alle Verkehrsträger auf nationaler und internationaler Ebene.

Bekannter Versender

Der Versender von Gegenständen für die Beförderung als Luftfracht auf eigene Rechnung, der in geschäftlicher Beziehung mit einem *Reglementierten Beauftragten* oder einem Luftfahrtunternehmen steht.

Bioterrorism Act

Sicherung der Lebensmittel-Kette in die USA; bei Nichteinhaltung Import-Verbot in die USA.

CSB

Die CSB (Container Security Box) ist ein GPS- / GSM-gestütztes System zur Überwachung von Containern inklusive des Innenraumes. Die CSB enthält in einem trapezförmigen IP65-geschützten Gehäuse einen GPS- / GSM-Bordcomputer, einen Passiv-IR-Empfänger und Komponenten zur eigenen Stromversorgung. Mit diesem autark arbeitenden System können wertvolle Güter während des Transportes in Zusammenarbeit mit einer Leitstelle überwacht werden. Die CSB wird in einer Sicke der Containeroberseite mittels Magnethaftung befestigt. Zur Innenraumüberwachung dient ein Funk-Infrarotsensor, der ebenfalls magnetisch an einer Innenwand des Containers befestigt wird.

C-TPAT

C-TPAT (Customs-Trade Partnership Against Terrorism) ist eine Sicherheitspartnerschaft

der US-Zollbehörde mit der Wirtschaft gegen die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus. Voraussetzung für eine Zertifizierung ist ein Programm zur Eigensicherung, dessen Umsetzung gemäß detaillierten Vorgaben zu dokumentieren ist.

Wirtschaftspartner sind: Im- und Exporteure, Transportunternehmer (Schiff, Binnenschiff, Bahn, Straße), Makler und Agenten, Spediteure, Umschlags- und Lagereiunternehmen, Hersteller

Code of Practice on Security in Ports

Maßnahmen zur Überprüfung von Personal

- Risiko- und Anfälligkeitsanalysen für gesamten Hafen
- Maßnahmen zur Verbesserungen des Identitätsnachweises für Hafearbeiter
- Sicherheitspläne für den gesamten Hafen
- Einrichtung eines Hafensicherheitsausschusses

von der ILO Vollversammlung bereits verabschiedet)

CSI

Die Container Security Initiative (CSI) ist ein Sicherheitsprogramm der Zollverwaltung der Vereinigten Staaten und Amerika für Sicherheit im Zusammenhang mit Containern. Hierbei geht es im Einzelnen um die Frachtlieferung und Zolldatenbereitstellung.

DGR

Die Dangerous Goods Regulation (DGR) regelt die Gefahrguttransporte in der Luftfahrt.

EMSA

Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs.

EU Air Cargo Study

Datenbank der Europäischen Union, die alle *Reglementierten Beauftragten* und *Bekanntem Versender* erfassen soll. Ziel ist es, die Datenbank zur zentralen Akkreditierungs- und Zertifizierungsplattform in der EU zu erweitern. Außerdem soll die Datenbank helfen, die Maßnahmen zwischen EU-Mitgliedsstaaten, den EU-Zollbehörden und den Luftsicherheitsbehörden der USA (*FAA*) anzuerkennen und zu

harmonisieren. Seit Anfang 2006 ist Deutschland in den Probetrieb eingestiegen.

EU-Verordnungen zur Luftsicherheit 2320/2002, 831/2006 und 1138/2004

Grundlage der Bestimmungen zur Luftfrachtsicherheit im europäischen Wirtschaftsraum sind die Verordnungen 2320/2002 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt sowie die dazugehörige Durchführungsverordnung. Alle Verordnungen sind bereits in Kraft.

Die Verordnung 1138/2004 legt eine gemeinsame Definition der sensiblen Teile der Sicherheitsbereiche auf Flughäfen fest. Gemäß der Verordnung müssen seit dem 1. Januar 2006 alle Personen, die den Fluggastbereich betreten, komplett durchsucht werden.

EU-Verordnung zur Schifffahrtssicherheit 725/2004

Norm für Hafenanlagen und Schiffe, regelt die Zugangskontrolle und Güterverladung und wurde mit Blick auf den ISPS-Code erlassen.

EU-Verordnung 648/2005

Mit der VO vom 04.05.2005 wurde im Artikel 5a des Zollkodex der EU (VO 2913/92) zum 11.06.2005 der Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (ZWB) eingeführt. Der ZWB ähnelt hierbei in Teilen der US-amerikanischen *C-TPAT*.

Der Status des ZWB ermöglicht es Unternehmen u.a. innerhalb der gesamten EU in einem einfachen Verfahren ohne erneute umfangreiche Überprüfung Bewilligungen für Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung und andere vereinfachte Verfahren zu erlangen. Insofern ist die Anwendung einheitlicher Standards bei der Vergabe des Status innerhalb der gesamten EU von großer Bedeutung.

Die Bewilligung dieses Status ist an umfangreiche Voraussetzungen hinsichtlich der Zuverlässigkeit, der Zahlungsfähigkeit, der bisherigen Einhaltung der einschlägigen Rechtsvorschriften sowie gegebenenfalls der Erfüllung bestimmter

Sicherheitsstandards geknüpft.

EU-Verordnung 1875/2006

Die Zollkodex-Durchführungsverordnung (ZKDVO) wurde mit der EU-Verordnung 1875/2006 der Kommission vom 18.12.2006 umfassend geändert. Unter anderem wurde die nähere Ausgestaltung des Status des ZWB getroffen.

FAA

Die Federal Aviation Administration (FAA) ist die oberste Luftfahrtbehörde der US-Regierung. Die FAA ist dem Verkehrsministerium unterstellt und entspricht in etwa dem *Luftfahrt-Bundesamt*.

Hub

Ein Hub ist ein zentraler Umschlagplatz, in dem Sendungen gesammelt, nach Zielregionen sortiert und umgeladen werden.

Initiative Transportkettensicherheit e.V.

2007 gegründeter Verband von Unternehmen aus dem Bereich Logistik und Sicherheit. Die Initiative fördert den Informationsaustausch im Themenbereich Lieferkettensicherheit ("supply chain security").

ISO

Die Internationale Organisation für Normung - kurz *ISO* - ist die internationale Vereinigung von Normungsorganisationen und erarbeitet internationale Normen in allen Bereichen mit Ausnahme der Elektrik, Elektronik sowie der Telekommunikation. Übersetzungen des Namens Internationale Organisation für Normung ergeben verschiedene Abkürzungen, abhängig von der Sprache. Deshalb wählte man die einheitliche Kurzbezeichnung *ISO*, die vom griechischen Wort "isos" abstammt, das "gleich" bedeutet.

ISO/PAS 28000:2005

Standard für Sicherheitsmanagementsysteme in der Lieferkette mit dem Ziel, die Sicherheit in der Gesamttransportkette zu erhöhen.

Glossar TRANSPORTSICHERHEIT

ISO/PAS 28000:2005 verdeutlicht die Anforderungen für ein Sicherheits-Management-System. Dazu gehören jene Aspekte, die für die Garantie von Sicherheit in der Lieferkette unabdingbar sind: Finanzierung, Produktion, Informationsmanagement, Infrastruktur für Verpackung, Lagerung und dem Transport von Gütern zwischen Transportmodi und zwischen Orten. Sicherheitsmanagement ist mit zahlreichen Bereichen im Unternehmensmanagement verbunden. Diese anderen Aspekte sollten direkt in Betracht gezogen werden, wenn sie einen Einfluss auf Sicherheitsmanagement haben, einschließlich des Gütertransports innerhalb der Lieferkette.

ISO/PAS 28000:2005 ist auf Organisationen aller Größen anwendbar: Vom KMU zum TNU, im Bereich Produktion, Dienstleistung, Lagerung und Transport, und in allen Stufen der Herstellungs- oder Lieferkette in der es darum geht:

1. ein Sicherheitssystem zu implementieren, zu betreiben oder zu verbessern;

2. festzustellen, ob Sicherheitsmaßnahmen den Normen entsprechen;
3. diese Entsprechung zu demonstrieren;
4. ein Sicherheits-Management-System durch ein akkreditiertes Institut zertifizieren zu lassen; und
5. zu deklarieren, dass man den Normen ISO / PAS 28000:2005 entspricht.

Es gibt rechtliche und reglementierte Kodizes, welche die Anforderungen von ISO/PAS 28000:2005 betreffen. Es ist nicht beabsichtigt, dass ISO/PAS 28000:2005 zu doppelten Zertifizierungsaufwand führt. Organisationen, die sich für eine Zertifizierung entscheiden, können zeigen, dass sie einen signifikanten Beitrag zur Sicherheit in der Lieferkette beitragen.

ISO 28000, Ziel

Ziel von ISO 28000 ist es, die Sicherheit in der Gesamttransportkette zu erhöhen. ISO 28000 bewirkt das durch die Einbindung bestehender Security Management Systeme unter dem

Die Tabelle stellt eine Übersicht der Initiativen und betroffenen Bereiche dar.

	Deutschland /EU					Andere Staaten			
	Hersteller / Empfänger	Spediteur Strasse Schiene Wasserweg	Gesamthafen Alle Anlagen, e.g. Lagereibetrieb, Depots	Hafenanlage Umschlags- anlagen	Schiff Wasser weg	Hafenanlage Umschlags- anlagen	Gesamthafen Alle Anlagen, e.g. Lagereibetrieb, Depots	Spediteur Strasse Schiene Wasserweg	Hersteller / Empfänger
	Fabriktor	Hafengrenze	Anlagengrenze	Kaje	Kaje	Anlagengrenze	Hafengrenze	Fabriktor	
CSI				↔	↔				
ISPS				↔					
EU VO				↔					
ILO-COP			↔			↔			
EU DIR Hafen			↔			↔			
C-TPAT	↔								
EU Transport	↔								

Glossar TRANSPORTSICHERHEIT

Dach von ISO 28000:

- ISO 20858: Maritime Port Facility Security Assessments and Security Plan
- ISO 28001: Best Practices Custody in Supply Chain Security
- Other specific existing standards or those to be developed.

Die Familie der ISO 28000 Standards ist die Antwort der ISO auf die erhöhte Gefahr im internationalen Transportwesen. Es zielt auf die Sicherung von Menschen, Gütern, Infrastruktur und Equipment, einschließlich der Transportmaschinen, ab.

ISO 28001

Als Einstieg bietet sich der 28001-Standard an, der stark auf ablauforganisatorische Verbesserungen abzielt.

ISPS

Der ISPS-Code (International Ship and Port Facility Security Code) besteht aus einem umfangreichen Paket von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei Schiffen und Häfen.

Damit dient der ISPS-Code der Sicherheit in der Lieferkette. Diese Vereinbarung wurde am 12. Dezember 2002 unter der Federführung der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) getroffen und als Ergänzung des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (*SOLAS-Übereinkommen*) implementiert.

Der ISPS-Code besteht aus zwei Teilen: Verpflichtende Maßnahmen einerseits, und Empfehlungen andererseits.

Luftfahrt-Bundesamt

Das Luftfahrt-Bundesamt ist als Oberbehörde des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit der Wahrnehmung aller Aufgaben im Bereich der Luftsicherheit beauftragt.

LuftSiG

Das Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG) trat am 15. Januar 2005 in Kraft. Es regelt den Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs,

insbesondere vor Flugzeugentführungen, Sabotageakten und terroristischen Anschlägen. Es basiert auf den entsprechenden Vorgaben der *EU-Verordnungen zur Luftsicherheit*.

Am 15. Februar 2006 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass § 14 Absatz 3 des Luftsicherheitsgesetzes gegen das Grundrecht auf Leben (Artikel 2 Absatz 2 Grundgesetz) und gegen die Menschenwürde (Artikel 1 Grundgesetz) verstößt und deshalb in vollem Umfang verfassungswidrig und nichtig ist.

Multimodaler Verkehr

Nutzung zweier oder mehrerer Verkehrsträger für den Transport von Gütern.

Outbound

Outbound Logistik bildet die Kette von der Herstellung bis in den Handel oder bis zum Endkunden ab. Dabei sind Fertigungsent-sorgung, Kommissionierung, Konfektionierung, Endmontagen, Versand und Ersatzteil-Management die gängigen Elemente.

PFSA

Das Port Facility Security Assessment (PFSA) ist eine Maßnahme im Rahmen des *ISPS*-Code. Hierbei geht es um Durchführung und Genehmigung von Risikobewertungen.

PFSO

Der Port Facility Security Officer (PFSO) ist der festgelegte *ISPS*-Verantwortliche.

PFSP

Der Port Facility Security Plan (PFSP) ist eine Maßnahme im Rahmen des *ISPS*-Code. Hierbei geht es um Erarbeitung, Genehmigung und Umsetzung eines Gefahrenabwehrplans.

RSO

Eine Recognized Security Organisation (RSO) ist eine von einem Flaggenstaat beauftragte Organisation, welche bestimmte Überwachungs- und Prüfungsaufgaben übertragen bekommt, die sich aus dem *ISPS*-Code ergeben. In der Regel ist dies die Prüfung der Ship Security Pläne (SSP) sowie die Zertifizierung an Bord der Schiffe inklusive der Zeugnisausstellung (ISSC).

Glossar TRANSPORTSICHERHEIT

Reglementierter Beauftragter

Agenten, Spediteure oder andere Personen, die in geschäftlicher Beziehung mit einem Luftfahrtunternehmen stehen und Sicherheitskontrollen durchführen, die von der zuständigen Behörde in Bezug auf Fracht, Kurier- und Expresssendungen oder Post anerkannt oder vorgeschrieben sind.

SSAS

Die Einrichtung eines Ship Security Alert System (SSAS) ist Bestandteil des Ship Security Plans (SSP) und ist ein Alarmsystem zur Gefahrenabwehr auf SOLAS Schiffen. Das Ziel ist es, ein internationales Netzwerk zur Früherkennung und Aufdeckung sicherheitsrelevanter Bedrohungen zu errichten. Somit ein Netzwerk zur Durchführung präventiver Maßnahmen, um Schiffe und Häfen vor Überfällen zu schützen.

SOLAS

Die International Convention for the Safety of Life at Sea (SOLAS) (Internationales Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See) ist eine UN-Konvention zur Schiffsicherheit.

Die aktuelle SOLAS-Konvention (die nun fünfte und so genannte „SOLAS 74“) stammt von 1974 und besteht aus zwölf Kapiteln, die sich mit Besatzung, Sicherheitsmanagement, Technik, Ladung und Rettungsmitteln beschäftigen. Auf aktuelle Bedürfnisse gehen zusätzliche Novellierungen, so genannte Amendments, ein.

Hiermit wurden technische Neuerungen und Verbesserungen in die SOLAS 74 aufgenommen, aber auch Missstände abgestellt.

TAPA-EMEA

Die Technology Asset Protection Association Europe (TAPA-EMEA) ist eine Vereinigung von Sicherheits- und Logistikverantwortlichen von High Tech Firmen und deren Geschäftspartnern in der Logistik/Wertschöpfungskette. Die Vereinigung hat sich zum Ziel gesetzt, ein Forum für Verantwortliche aus diesen Bereichen zu schaffen. Professioneller Informationsaustausch,

der von grundlegender Bedeutung für alle Mitglieder ist, steht hierbei im Vordergrund. Aber auch die Identifizierung möglicher Bedrohungen gehört ebenso zum Auftrag wie der Austausch von erprobten Verfahren und Prozessen (Best Practices). Und das nicht nur aus dem Logistikbereich.

TSA

Die Transportation Security Administration (TSA) ist auf Grund des Sicherheitsgesetzes "Aviation and Transportation Security Act" am 19. November 2001 als US-Behörde ins Leben gerufen worden. Ursprünglich war sie der Verkehrsbehörde zugeordnet. Am 1. März 2007 erhielt das US-Heimatschutzministeriums (Department for Homeland Security, DOHS) die Zuständigkeit für die TSA. Die Behörde ist für die Sicherheit im Luftverkehr verantwortlich.

Transportkette, internationale

Vernetztes Paket von Ressourcen und Prozessen. Beginnt mit der Beschaffung des Rohmaterials, geht über die Verteilung von Produkten oder Dienstleistungen bis zum Endverbraucher, und betrifft alle internationalen Transportmittel.

Teilnehmer der internationalen Transportkette sind Herstellerbetriebe, Handelshäuser, Logistikdienstleister, nationale und internationale Verteilerzentren, Groß- und Zwischenhändler bzw. weitere Unternehmen auf dem Weg zum Endverbraucher.

UN/EDIFACT

Internationaler elektronischer Kommunikationsstandard für die Übertragung von strukturierten Datenelementen wie Speditionsauftrag, Rechnung, Rückbestätigungen etc.

Wassenaar Arrangement

Das so genannte Wassenaar Arrangement ist eine internationale Vereinbarung (seit 1995), in der teilnehmende Länder sich verpflichten, Richtlinien einzuhalten um den transnationalen Verkehr von Gütern, die auch für kriegerische Zwecke genutzt werden könnten, zu kontrollieren ("Dual-purpose"). Damit soll zur

Glossar TRANSPORTSICHERHEIT

regionalen und internationalen Sicherheit beigetragen werden. Das Arrangement zielt auf Transparenz und größere Verantwortung ab und verhindert Destabilisierung durch den Handel von Gütern und Technologien, die auch militärisch eingesetzt werden können. Der Handel mit zweckentfremdeten Gütern beschränkt die Zweckentfremdung, so die Logik. Zahlreiche, aber nicht alle Nationen nehmen am Wassenaar Arrangement teil. Das Arrangement wurde nach dem Vorort Den Haags genannt, wo die Vereinbarung initiiert wurde. Sitz des Sekretariats ist Wien.

WZO

Die Weltzollorganisation (WZO) oder World Customs Organization (WCO) ist eine internationale Organisation mit Sitz in Brüssel, die sich darauf spezialisiert hat, die Zollformalitäten zwischen den internationalen Handelspartnern zu vereinfachen.

Die Weltzollorganisation wurde 1952 unter dem Namen „Brüsseler Zollrat“ gegründet. Der WZO gehören momentan 174 nationale Zollverwaltungen an. Neben dem primären Streben nach einer Harmonisierung des internationalen Handels hat es sich die WZO zum Ziel gesetzt, grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen.

Die Weltzollorganisation arbeitet unter anderem mit der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und Interpol zusammen.

ZWB

Für den zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (ZWB) setzt sich auch die englische Abkürzung Authorized Economic Operator (AEO) durch.

Es sind drei Arten des AEO vorgesehen:

- der AEO „Zollrechtliche Vereinfachungen“ (für Erleichterungen im Zollbereich)
- der AEO „Sicherheit“ (für Erleichterungen bei sicherheitsrelevanten Zollkontrollen)
- eine Kombination der beiden (AEO „Zollrechtliche Vereinfachungen / Sicherheit“).

Kriterien für den Status AEO sind angemessene Einhaltung der Zollvorschriften, zufriedenstellende Buchführung, Zahlungsfähigkeit (bei Beantragung „Zollrechtliche Vereinfachungen“) sowie angemessene Sicherheitsstandards.

Weitere Abkürzungen:

ACE,	Automated Commercial Environment
AMS,	Advance Manifest System / 24 hour rule
BASC,	Business Anti-Smuggling Coalition
FAST,	Free and Secure Trade
ICSO,	International Container Security Organisation
ISC,	Importer Self Assessment
LRAD,	Long Range Accoustic Devices/ „Schallkanonen“
MTSA,	Maritime Transportation Security Act of 2002
OSC,	Operation Safe Commerce
SST,	Smart and Secure Trade lane
UCR,	Unique Consignment Reference